

# LEHRPLAN

---

# POLITIK & WIRTSCHAFT

Gymnasialer Bildungsgang

Jahrgangsstufen 7 bis 13



Hessisches Kultusministerium

Inhaltsverzeichnis		Seite
<b>Teil A</b>	<b>Grundlegung für das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 7 bis 13</b>	
1	Aufgaben und Ziele des Faches	2
2	Didaktisch - methodische Grundlagen	3
3	Umgang mit dem Lehrplan	4
<b>Teil B</b>	<b>Unterrichtspraktischer Teil</b>	5
	<b>Der Unterricht in der Sekundarstufe I</b>	5
1	Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Jahrgangsstufen 7 bis 10 Übersicht der verbindlichen Themen	5 6
1.1	Die Jahrgangsstufe 7	7
1.2	Die Jahrgangsstufe 8	13
1.3	Die Jahrgangsstufe 9	16
1.4	Die Jahrgangsstufe 10	19
2	Übergangprofil von Jahrgangsstufe 10 in die gymnasiale Oberstufe	24
	<b>Der Unterricht in der Sekundarstufe II</b>	25
3	Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Jahrgangsstufen 11 bis 13	25
3.1	Die Jahrgangsstufe 11	27
3.1.1	11.1	27
3.1.2	11.2	29
3.2	Die Jahrgangsstufe 12	31
3.2.1	12.1	31
3.2.2	12.2	33
3.3	Die Jahrgangsstufe 13	36
3.3.1	13.1	36
3.3.2	13.2	38
4	Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase	40

## Teil A

### Grundlegung für das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 7 bis 13

#### 1 Aufgaben und Ziele des Faches

Demokratie braucht mündige, informierte und sozial handelnde Bürgerinnen und Bürger. Aufgabe des Faches Politik und Wirtschaft ist es, die Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln, die zum Verständnis politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sachverhalte erforderlich sind und die Grundlage eines politischen Urteils bilden sollen. Ziel ist eine verantwortliche Mitwirkung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft vorzubereiten.

Die moderne Gesellschaft ist geprägt durch sozialen, ökonomischen und politischen Wandel, der Innovation, Offenheit, Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft sowie soziale Verantwortung verlangt. Normative Leitbilder sind kontrovers und durch Interessen beeinflusst. Das muss auch im Politik- und Wirtschaftsunterricht deutlich werden; gleichzeitig hat sich der Unterricht an der normativen Wertordnung des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung zu orientieren und inhaltliche Orientierung zu vermitteln.

Das Fach Politik und Wirtschaft

nimmt gegenwärtige und in die Zukunft weisende Fragen und Herausforderungen auf, die vor allem auf die

- Sicherung natürlicher Lebensgrundlagen,
- Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen und die Zukunft der Arbeit,
- Gestaltung des sozio-ökonomischen und technologischen Wandels,
- Sicherung und Ausbau der Partizipation und der Menschenrechte,
- Sicherung des Friedens

zielen. Politik und Wirtschaft klärt die Gegebenheiten, Entwicklungstendenzen und -potentiale, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Um Sachverhalte und offene Fragen rational untersuchen, verstehen und bewerten sowie kontroverse Einschätzungen nachvollziehen und einschätzen zu können, vermittelt der Unterricht in Politik und Wirtschaft das notwendige Orientierungswissen aus der politischen Wissenschaft, der Soziologie, dem Recht und der Ökonomie zu den inhaltlichen Kernbereichen:

- Individuum und Gesellschaft,
- Demokratie, Partizipation und Menschenrechte,
- Recht,
- Medien, Informationsverarbeitung,
- Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung,
- Ökonomie und Arbeitswelt.

Ergebnisse, die in den Wissenschaften offen diskutiert werden, müssen auch - soweit sie für Politik und Wirtschaft bedeutsam sind - im Unterricht offen angelegt sein.

Politik und Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Die inhaltlichen Schwerpunkte der politischen Bildung liegen insbesondere in den Kernbereichen „Individuum und Gesellschaft“, „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“, „Recht“, „Medien und Informationsverarbeitung“ sowie „Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung“. Politische Bildung steht in einem engen Zusammenhang mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung. Sie beschäftigt sich mit den gegenwärtigen und den für die zukünftige Entwicklung bedeutsamen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen. Positionen, die in der öffentlichen Diskussion kontrovers sind, müssen - soweit sie für das Fach bedeutsam sind - auch im Unterricht kontrovers angelegt werden. Unabhängig davon muss politische Bildung in Politik und Wirtschaft wertbezogen sein. Der Unterricht gibt den Schülerinnen und Schülern normative Orientierung, indem er die Menschenrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Voraussetzung und Maßstab demokratischen Handelns begreift. Die Schülerinnen und Schüler sollen verstehen und einsehen lernen, dass im politischen Prozess über die Prioritäten von Entscheidungen ein öffentlicher Diskurs stattfindet, Willensbildung und Entscheidungsfindung notwendig Kompromisse einschließen und diese sich an den Vorgaben des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung orientieren müssen.

Das Fach ist Leitfach der ökonomischen Bildung. Strukturelle Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind ohne ökonomische Grundkenntnisse nicht zu erfassen. Die Bewältigung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die aktive Teilnahme an der wirtschaftlichen,

gesellschaftlichen und politischen Entwicklung und die Gestaltung privater und beruflicher Lebenssituationen setzt ökonomische Bildung unabdingbar voraus. Wirtschaftliche Grundkenntnisse werden in einer demokratischen Gesellschaft benötigt,

- um wirtschaftliche und politische Vorgänge selbständig durchschauen und eigene Interessen erkennen und vertreten zu können,
- um die Herausforderungen als Mitglied der Gesellschaft, z.B. in der Rolle als Konsument, Arbeitnehmer, Unternehmer, Sparer, Versicherter, Steuerzahler und Wähler erfolgreich bewältigen zu können,
- um die Programme der verschiedenen Parteien beurteilen und sein Wahlrecht verantwortungsvoll ausüben zu können.

Ökonomische Bildung vermittelt Orientierung für den weiteren Bildungsgang und die Berufs- und Studienentscheidung (vgl. insbesondere 11.1). Im Verlauf des gymnasialen Bildungsganges ist deshalb ein Betriebspraktikum in der Sekundarstufe I verpflichtend. Ökonomische Bildung soll die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, sich den Herausforderungen des technischen und ökonomischen Strukturwandels, der nachhaltigen Entwicklung und der Globalisierung aktiv zu stellen. Sie muss dieser Dynamik Rechnung tragen, die Grundlagen für eine sachliche Beurteilung vermitteln und gleichzeitig den Zusammenhang zu den Schwerpunkten der politischen Bildung beachten.

## 2 Didaktisch-methodische Grundlagen

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft erfordert ein Unterrichtskonzept, das die Erfahrungen der Lernenden und die notwendigen inhaltlichen Kenntnisse vermittelt.

Folgende didaktisch-methodischen Kategorien strukturieren den Politik-und-Wirtschaft-Unterricht:

### ➤ Schüler- und Handlungsorientierung sowie Wissenschafts- und Fachorientierung

Der Unterricht knüpft an vorhandene Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Orientierungen an, nutzt diese und erweitert die Kompetenzen. Sie sollen zu verantwortlichem, sozialem Handeln befähigen und den Lernenden Möglichkeiten und Grenzen bewusst machen, eigenständig und in Kooperation mit anderen zu handeln und auf öffentliche Vorgänge einzuwirken.

Wissenschafts- und Fachorientierung zielt auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Methoden als Orientierungswissen, um gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Sachverhalte, Probleme und Entwicklungen rational untersuchen, verstehen und einschätzen zu können. Sie strebt eine mehrdimensionale Betrachtung von Problemen und Lösungsmöglichkeiten an.

### ➤ Aktualität und Struktur

Anhand aktueller Fragen und Auseinandersetzungen sollen deren grundsätzlichen Strukturen verdeutlicht werden. So wird Orientierungswissen und die Fähigkeit zum Transfer auf neue Fragen und Auseinandersetzungen vermittelt.

### ➤ Kontroverse und Konsens

Sachverhalte, Fragen und Lösungsvorschläge, die in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert werden, werden mit den unterschiedlichen Positionen in den Unterricht eingebracht. Gleichzeitig wird der für die politische Entscheidungsfindung notwendige Prozess der Konsensbildung deutlich gemacht.

### ➤ Offenheit und Werteorientierung

vermittelt die Bedeutung individueller Freiheitsrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Maßstab politischen Handelns. Die Menschenrechte können ihrem Wesen nach nicht indoktrinierend oder moralisierend vermittelt werden. Politik und Wirtschaft muss vielmehr bei der Behandlung ihrer Problemstellungen von der Sache her überzeugend darlegen, warum die Menschenrechte und der demokratische Rechts- und Sozialstaat als unverzichtbare historische Errungenschaften gesehen werden, die das Individuum schützen, den sozialen Ausgleich und den demokratischen Staat sichern.

### ➤ Methodenorientierung

Das Methodenlernen ist durchgängiges Prinzip des Unterrichts und soll die Schülerinnen und Schüler zunehmend in die selbständige Auseinandersetzung und Erarbeitung einführen.

Es geht um:

- methoden- und handlungsorientierte Unterrichtsverfahren,
- die Entwicklung von Interaktions- und Kommunikationsformen, die reflektiertes soziales und kooperatives Lernen mit den Elementen Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie Konfliktwahrnehmung und -lösung ermöglichen,

- schülerbezogene Arbeitstechniken, Präsentations- und Moderationsmethoden sowie Visualisierungsformen.

Aktualität und Struktur, Kontroverse und Konsens, Offenheit und Wertbezug sowie die Methodenorientierung müssen gleichermaßen beachtet werden.

Im Sinne der Zielsetzung des Faches stehen unabhängig von der jeweils notwendigen Schwerpunktsetzung die Bereiche „Politische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ in einem didaktischen und inhaltlichen Zusammenhang.

Folgende Fragen sollen die Bearbeitung leiten:

- Welche Sachverhalte gilt es zu vermitteln?
- Welche aktuellen Ereignisse lassen sich dem Inhaltsbereich zuordnen?
- Welche Probleme und Herausforderungen sind erkennbar?
- Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab?
- Welche Erfahrungen haben die Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der angesprochenen Inhalte und Fragen?
- Welche Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen sich?
- Welche Lösungswege werden diskutiert und welche Konsequenzen sind damit jeweils verbunden?
- Welche Einstellungen und Werthaltungen sind notwendig, um die gesellschaftlichen und persönlichen Herausforderungen zu bewältigen?

### 3 Umgang mit dem Lehrplan

Der Lehrplan gibt Inhalte vor, die jedoch noch keine thematische Konkretisierung bedeuten. Vielmehr geht es darum, dass die jeweilige Schule und die jeweiligen Lehrkräfte diese, um den Zielen des Faches gerecht zu werden, für den Unterricht durch die didaktisch-methodischen Vorgaben strukturieren und in thematischen Unterrichtseinheiten konkretisieren. Im Sinne der Zielsetzung des Faches soll hierbei auch der Zusammenhang zwischen den Bereichen „Politische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ deutlich werden. Der Lehrplan lässt damit Gestaltungsspielräume sowohl für die pädagogische Kreativität der Lehrenden und die Mitsprachemöglichkeit der Lernenden als auch für die planerische Arbeit der Fachkonferenzen.

Verbindlich sind die Unterrichtsinhalte und deren Zuordnung zu den Jahrgangsstufen. Die Stichpunkte in der rechten Spalte der Tableaus geben den inhaltlichen Rahmen der Erarbeitung an, innerhalb dessen Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Eine unterschiedliche Gewichtung ist dabei möglich. Für die verbindlichen Inhalte ist der Stundenumfang vorgegeben.

Darüber hinaus werden für die Jahrgangsstufen fakultative Inhalte und Themen angegeben, die eine auf die Lernsituation und das Schulprogramm sowie auf die Lerngruppe bezogene Vertiefung und Ausweitung ermöglichen. Selbstverständlich können auch einzelne Themenstichworte der fakultativen Unterrichtsinhalte zur Vertiefung der verbindlichen Unterrichtsinhalte herangezogen werden. Der zeitliche Rahmen beträgt hierfür insgesamt etwa 1/3 der Gesamtstundenzahl der Politik und Wirtschaft.

Die den einzelnen Inhaltsbereichen zugeordneten didaktisch-methodischen Hinweise nehmen die allgemeinen didaktisch-methodischen Grundsätze des Faches auf und konkretisieren sie hinsichtlich der Inhalte.

Den einzelnen Inhaltsbereichen werden die zu vermittelnden Methoden und Arbeitsweisen zugeordnet. Dies gilt insbesondere auch für den Umgang mit den neuen Informationstechnologien.

## Teil B

### Unterrichtspraktischer Teil

#### Der Unterricht in der Sekundarstufe I

#### 1 Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte in den Jahrgangsstufen 7 bis 10

Für die Jahrgangsstufen 7 bis 10 ist das Orientierungswissen so angeordnet, dass zunächst der unmittelbare Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler stärker aufgenommen und mit den Jahrgangsstufen zunehmend erweitert wird. Dies gilt im Sinne einer kontinuierlichen Auseinandersetzung und Vermittlung vor allem für den Bereich „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“ und für den Bereich der Ökonomischen Bildung. Darüber hinaus lassen sich innerhalb der Jahrgangsstufen zwischen den einzelnen Inhaltsbereichen sinnvolle Verbindungen herstellen. Hierbei soll vor allem auch der Zusammenhang zwischen den Bereichen der Politik und der Ökonomie verdeutlicht werden.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Inhaltsbereiche. Die Angaben zeigen die verbindlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Jahrgangsstufen, die in Klammern gesetzten Angaben machen deutlich, inwieweit damit auch Inhalte aus den anderen Bereichen angesprochen sind bzw. durch fakultative Inhalte vertieft werden können.

	7	8	9	10
<b>Individuum und Gesellschaft</b>	Jugend in der modernen Gesellschaft	(Jugendkriminalität)	(Sozialstruktur)	
<b>Demokratie, Partizipation und Menschenrechte</b>	Demokratie und politische Beteiligung im unmittelbaren Lebensbereich	Rechtsstaatlichkeit	Sozialstaatlichkeit	Parlamentarische Demokratie, politisches System und Verfassungsgrundsätze
<b>Recht</b>		Jugend und Recht, Rechtswesen		
<b>Internationale Beziehungen</b>				Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung
<b>Medien</b>	Medien und Freizeit		(Medien als Institution und Wirtschaftsbetrieb)	(Medien, Pressefreiheit und Demokratie)
<b>Ökonomie</b>	Wirtschaften im privaten Haushalt	Markt	Ökonomie und Arbeitswelt	Internationale Wirtschaftsbeziehungen

## Übersicht der verbindlichen Themen

Lfd. Nr.	Verbindliche Unterrichtsthemen	Stundenansatz
<b>7.1</b>	Jugend in der modernen Gesellschaft	14
<b>7.2</b>	Demokratie und politische Beteiligung	18
<b>7.3</b>	Ökonomische Bildung: Wirtschaften im privaten Haushalt	13
<b>7.4</b>	Medien und Freizeit	9
<b>8.1</b>	Jugend und Recht, Rechtswesen	14
<b>8.2</b>	Ökonomische Bildung: Markt	13
<b>9.1</b>	Ökonomische Bildung: Ökonomie und Arbeitswelt	40
<b>9.2</b>	Sozialstaatlichkeit	14
<b>10.1</b>	Parlamentarische Demokratie und politisches System	18
<b>10.2</b>	Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung	18
<b>10.3</b>	Ökonomische Bildung: Internationale Wirtschaftsbeziehungen	18

## 1.1 Jahrgangsstufe 7

7.1

Jugend in der modernen Gesellschaft

Std.: 14

**Begründung:**

Der Unterricht zielt auf die Entwicklung von Ich-Identität, Werteorientierung sowie die Fähigkeiten zur sozialen Interaktion und vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Individuum und Gesellschaft“. Die Schülerinnen und Schüler können die Bedeutung von Familie und sozialen Gruppen für die eigene Entwicklung erkennen und Möglichkeiten entwickeln, soziale Erwartungen und eigene Bedürfnisse in Einklang zu bringen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Gewaltprävention und zum sozialen Lernen geleistet. Indem soziale Beziehungen bewusst gemacht werden, wird eine wichtige Grundlage gelegt, auf die auch in weitergehenden und zukünftigen Zusammenhängen Bezug genommen werden kann und die entsprechend situativ im schulischen Bereich weiterentwickelt werden müssen.

Sozialkunde in der Jahrgangsstufe 7 verknüpft erfahrungsnahe Themen mit Einsichten in die Strukturen und Formen des Zusammenlebens unserer Gesellschaft. Dadurch bietet der Unterricht einerseits die Möglichkeit, den Jugendlichen unmittelbar Orientierung für ihre Lebenssituation zu geben, verlangt andererseits aber auch ein besonderes Maß an Sensibilität und Schutz des Einzelnen. Die Thematisierung persönlicher Zusammenhänge und Schwierigkeiten der Schülerinnen und Schüler und deren Familien ist deshalb nicht zulässig. Der Schutz der Familie im GG sichert die Pluralität der Lebensformen und Erziehungsstile gegenüber primär staatlich vermittelter Erziehung und ist angesichts der Erfahrungen mit staatlicher Erziehung in Deutschland eine wesentliche Grundlage der demokratischen Gesellschaft. Die Schüler erfahren heute, wenn nicht unmittelbar, so doch durch Beobachtungen im Freundeskreis, dass neben die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Familie neue Formen des Zusammenlebens getreten sind, die gleichwohl die Funktionen der Familie - Lebenserhaltung, Erziehung und Werteorientierung - übernehmen. Es ist Aufgabe der Politik, die Bedingungen so zu gestalten, dass diese Aufgaben wahrgenommen werden können.

Konflikt und Konsens erleben Jugendliche in ihren unterschiedlichen Rollen als Schüler, Kinder, Mitglied einer peer-group, in denen sie jeweils das angemessene Maß von Selbstbestimmung und Anpassung finden müssen, um einerseits eine eigene Identität zu entwickeln, Anerkennung in der eigenen sozialen Gruppe zu finden und andererseits andere Menschen und fremde Gruppen wahrzunehmen, sich mit ihnen auseinander zu setzen, sie zu achten und gegebenenfalls eigene Positionen gegen menschenverachtende Haltungen zu beziehen. Damit sind die Menschenrechte als Maxime des eigenen Handelns im konkreten Umgang miteinander und mit Fremden sowie der Umgang mit Aggression und Vorurteilen angesprochen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Kindheit und Familie**

Kindheit in der „Modernen Gesellschaft“, Bedeutung der Familie (Schutz der Familie im GG), Familie im Wandel und in unterschiedlichen Kulturen; alternative Familienformen; Erziehungs- und Sozialisationsformen

**Konflikt und Konsens in der sozialen Gruppe und Menschenwürde**

Gruppendruck und Selbstbestimmung, Rollenerwartungen, Normen, Sanktionen; Umgang mit Minderheiten und Randgruppen, Fremdenfeindlichkeit; Subkulturen

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Geschlechterrollen**

Gleichberechtigung und Verschiedenheit der Geschlechter, Partnerschaft und Sexualität

**Leben in Europa**

Fremde bei uns, wir als Fremde; Fremdenfeindlichkeit; Jung sein in Europa

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Einführung in die gemeinsame Arbeitsplanung, in selbständiges Mitschreiben von Ergebnissen, in selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- einfache Formen der Informationsbeschaffung
- Arbeit mit Erlebnisberichten, Bildbeschreibungen, Interviews, Texten
- einfache Formen der Präsentation: Erstellen von Wandzeitungen
- Einführung in die Gruppenarbeit, Rollenspiel, szenisches Handeln

Neue Medien:

- Einführung in die Textverarbeitung
- Verwaltung von Dokumenten

**Querverweise:**

**Die Würde der Person:** Eth 7.2, D, Rka 7.1, Rev 7.1

**Streitkultur:** Eth 7.1, Rka 7,1, Rev 7.1, D

**Familie und Freunde:** Rka 7.1, Rev 7.1, D, F, E, Spa, L, Ku 7.2

**Helfen – Dienen:** Rka 7.1-4, Rev 7.3

**Identität:** D, Rka 7.1, Rev 7.1, Ku 7.2

**Riten und Mythen:** Rka 7.1+4, Rev 7.5, Eth 7.3, D, E, Spa, L

**Schrift und Text – Inhalt und Form:** Ku 7.2, D, E, F, L

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Friedenserziehung

Kulturelle Praxis

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

7.2

Demokratie und politische Beteiligung

Std.: 18

**Begründung:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Aufgaben und Herausforderungen im kommunalen Bereich, die Möglichkeiten der Gestaltung und der politischen Beteiligung in ihrem Umfeld, die unterschiedlichen Interessen und Verfahren des Interessenausgleichs sowie die Verantwortung jedes Einzelnen für das Gemeinwesen erkennen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit Fragen der Partizipation im politischen Bereich ist der unmittelbare Erfahrungsbereich in der Schule. Möglichkeiten und Formen der Mitbestimmung, der Mitgestaltung und der Übernahme von Verantwortung erfahren die Schülerinnen und Schüler unmittelbar in der Lerngruppe und in der Schülervertretung. Der Unterricht unterstützt diesen Prozess, greift die Erfahrungen auf und verdeutlicht die weitergehenden Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Schule, insbesondere in der Schulkonferenz.

Die Beschäftigung mit der überschaubaren kommunalen Selbstverwaltung schließlich erlaubt den Schülerinnen und Schülern im Anschluss daran sowohl einen weitergehenden Einblick in demokratische Strukturen der Wahl und der Entscheidungsfindung als auch Erfahrungen hinsichtlich konkreter Möglichkeiten politischen Handelns. Dieses Thema sollte daher über die Vermittlung von Wissen über Institutionen hinaus aktuelle kommunalpolitische Themen, Probleme und kontroverse Interessen aufgreifen (z.B. Verkehrsplanung, Schulentwicklung), die in den Kommunen existierenden Foren für die Beteiligung von Jugendlichen (z.B. Kinder- und Jugendparlament) nutzen und eine „Politik zum Anfassen“ vermitteln. Die Behandlung der Länderebene kann die Erkenntnisse über den kommunalen Bereich aufnehmen und vergleichend die Unterschiede und jeweiligen Kompetenzen herausarbeiten. Im Bereich des Umweltschutzes werden in einem den Jugendlichen zugänglichen Erfahrungsbereich die Probleme der Verkehrsplanung, der Wasserversorgung und der Abfallwirtschaft aufgenommen und die kommunalen Konzepte sowie eigene Handlungsmöglichkeiten im kommunalen Rahmen thematisiert.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Schule gestalten**

Schulklasse als Gruppe; Möglichkeiten der Mitbestimmung und Gestaltung in schulischen Gremien; SV, Schulkonferenz

**Politische Ordnung und Entscheidung im kommunalen Bereich und auf Länderebene**

Kommunale Selbstverwaltung: Aufgaben und Struktur; Einnahmen und Ausgaben der Kommune; Wahlen, Parteien, Bürgerbeteiligung; Jugendparlament, Jugendforum; Länderhoheit, Funktionsweise politischer Institutionen auf Länderebene

**Umweltschutz in der Gemeinde**

Müllvermeidung, -trennung; Wassergewinnung und Kläranlagen, Umgang mit Wasserverbrauch, Verkehrsplanung; Lokale Agenda 21; Bürgerbeteiligung

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Verkehr**

Verkehrssicherheit, Straßenverkehrsordnung

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler:**

- Einführung in die gemeinsame Arbeitsplanung, in selbständiges Mitschreiben und Protokollführung, in selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- einfache Formen der Informationsbeschaffung, der Datensammlung
- Arbeit mit Interviews, Texten, Schaubildern, politischen Stellungnahmen, einfachen Statistiken
- einfache Formen der Präsentation: Erstellen von Wandzeitungen, freies Reden, Vortrag
- Einführung in die Gruppenarbeit, Planspiel

Neue Medien:

- Erstellen von einfachen Präsentationsvorlagen
- Nutzung von Präsentationssoftware: graphische Darstellungen, Statistiken, kurze Berichte

**Querverweise:****Schrift und Text – Inhalt und Form:**

Ku 7.2, D, E, F, L

**Ökologie:** Bio 7.3

**Gemeinschaft – Gemeinde:** Rka 7.4,  
Rev 7.3

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Friedenserziehung

Ökologische Bildung und Umwelterziehung

Verkehrserziehung

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und  
Medienerziehung

7.3

**Ökonomische Bildung:  
Wirtschaften im privaten Haushalt**

Std.: 16

**Begründung:**

Eine Hinführung zur ökonomischen Bildung stellt das Thema Wirtschaften im privaten Haushalt dar. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Bedingungen und Folgen sowie die Kriterien und Gründe der eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen erkennen und ihre Eigenverantwortung im Bereich der Haushaltsführung sehen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Ökonomie und Arbeitswelt“.

Jugendliche sind Zielgruppe von Werbung in den Medien und ein ernst zu nehmender Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Beeinflussung der Kaufentscheidung erkennen. Das Haushaltsbudget ihrer Familie ermöglicht Einsicht in den Zusammenhang von Einkommen und Konsum, Sparen und Verschuldung und verdeutlicht damit die Notwendigkeit zur Prioritätensetzung. Bei den Kaufentscheidungen der Jugendlichen und der Familie stellt sich die Frage nach der Umweltverträglichkeit als praktische Möglichkeit verantwortungsbewussten ökologischen Handelns.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Wirtschaften im privaten Haushalt**

Privathaushalt als Wirtschaftssubjekt;  
Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten: Einkommen, Vermögen, Bedürfnisse, Werbung, Geld, Sparen, Kredit, Schulden; ökologisches Kauf- und Verbraucherverhalten, Vermeidung von Umweltbelastungen; Ressourcenschonung als Wirtschaft- und Kostenfaktor; Verbraucherschutz

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Einführung in die selbständige Arbeitsplanung, in selbständiges Protokollieren, in selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- einfache Formen der Informationsbeschaffung, der Datensammlung
- Arbeit mit Erlebnisberichten, Bildbeschreibungen, Interviews, Texten
- einfache Formen der Präsentation: Erstellen von Wandzeitungen, Folien, kurze Berichte, freies Reden, Vortrag
- Gruppenarbeit, Rollenspiel

Neue Medien:

- Erstellen von einfachen Präsentationsvorlagen: graphische Darstellungen, Statistiken, kurze Berichte

**Querverweise:****Schrift und Text – Inhalt und Form:**

Ku 7.2, D, E, F, L

**Ökologie:** Bio 7.3

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Ökologische Bildung und Umwelterziehung

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

7.4

Medien und Freizeit

Std.: 9

**Begründung:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Bedeutung der Medien für die eigene Lebensorientierung, -gestaltung und das eigene Verhalten erkennen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Medien und Informationsverarbeitung“.

Das Thema Medien greift eigene Erfahrungen der Jugendlichen – vor allem mit Bildmedien – auf, macht ihnen die Vor- und Nachteile des Zugangs zu unterschiedlichen Medien (Printmedien, Rundfunk, Fernsehen, Internet) klar und reflektiert über den Stellenwert des medialen Einflusses auf Freizeitverhalten, Einstellungen und Idole von Jugendlichen. Die Beschäftigung mit konkreten Projekten (z.B. Entstehen einer Tageszeitung, eigene Hör- und Videoproduktion, Untersuchung medialer Mittel wie Kameraeinstellung, Filmmusik, Funktion von Schlagzeilen und Bildern) kommt dem Interesse Jugendlicher entgegen zu entdecken, wie etwas gemacht ist, und fördert gleichzeitig die Distanz zu manipulativen Techniken.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

**Medien: Informationsbeschaffung und Unterhaltung** Freizeit und Medien; Aufbau einer Zeitung oder Entstehen einer Sendung; Analyse medialer Mittel; Präsentationstechniken und ihre Wirkung

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

**Medien: Herstellung und Bearbeitung** Schülerzeitung; Schulradio; Video

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Hinführung zur selbständigen Arbeitsplanung, zu selbständigem Protokollieren, zur freien Arbeit
- einfache Formen der Informationsbeschaffung, der Datensammlung
- selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- Arbeit mit Erlebnisberichten, Texten, Berichten, Kommentaren, Organigrammen
- Präsentation: Erstellen kurzer Berichte, Kommentare, einer Zeitung, einer Sendung, eines Videos

## Neue Medien:

- Gestaltung von Texten und Graphiken
- einfache Formen der Bildverarbeitung
- einfache Recherche im Internet
- Aufbau und Probleme des Internets

**Querverweise:**

**Schrift und Text – Inhalt und Form:**  
Ku 7.2, D, E, F, L

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

## 1.2 Jahrgangsstufe 8

8.1

Jugend und Recht, Rechtswesen

Std.: 14

**Begründung:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, dass die Rechtsordnung das friedliche Zusammenleben von Menschen regelt und garantiert, die Menschenrechte und den innergesellschaftlichen Frieden sichert und selbst Wandlungen unterworfen ist. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Recht“.

Jugendliche in diesem Alter loten die Grenzen ihres Handelns aus: Sie haben Fragen danach, was erlaubt bzw. was nicht mehr zulässig ist und mit welchen Konsequenzen sie zu rechnen haben. Die Auseinandersetzung mit der zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit und der Geschäftsfähigkeit gibt ihnen hierzu Orientierung, zielt auf die Vermittlung von Rechts- und Unrechtsbewusstsein und ist damit ein Beitrag zur Gewaltprävention. Gleichzeitig werden mit der Einführung in die Regeln und den Ablauf des Gerichtsverfahrens die Bedeutung rechtsstaatlicher Garantien, die Bindung des Rechts an die Menschenrechte, die Frieden stiftende Funktion des Rechts und die Frage nach Recht und Gerechtigkeit erkennbar. Der Rechtsstaat wird im Zusammenhang mit der Rechtsweggarantie des Art. 19 behandelt. Die besondere rechtliche Stellung der Jugend in der Gesellschaft - auch die Wandelbarkeit von Recht - lässt sich am Jugendschutz und dem Jugendstrafrecht verdeutlichen. Methodisch lassen sich über die Auseinandersetzung mit konkreten Fällen die rechtlichen Vorgaben und gesetzlichen Bestimmungen vermitteln. Damit wird in den Umgang mit Gesetzes- und Rechtstexten eingeführt. Es empfiehlt sich der Besuch einer Gerichtsverhandlung als außerschulischer Lernort ebenso wie die Durchführung eines Planspiels oder die Einbeziehung von Experten (z.B. der Jugendgerichtshilfe).

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Rechte und Pflichten von Jugendlichen**

Zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit;  
Geschäftsfähigkeit; Jugendrecht

**Gerichtswesen und Rechtsstaatlichkeit**

Aufbau des Gerichtswesens; Gerichtsverfahren;  
Strafrecht, Zivilrecht, Öffentliches Recht;  
Unabhängigkeit der Gerichte; Gleichheitsgrundsatz;  
Schutz vor staatlicher Willkür, Menschenwürde, Grundrechte

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Jugendkriminalität**

Jugendspezifische Straftaten (Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Beschaffungskriminalität, Sachbeschädigung); Jugendstrafrecht; Resozialisierung

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Einführung in die Planung einer Erkundung
- Fallanalyse
- Einführung in die Informationsbeschaffung durch Expertenbefragung
- Arbeiten mit juristischen Texten, einfachen Statistiken, Verlaufsdiagrammen, Organigrammen
- Erarbeitung eines „Plädoyers“, Darstellung einer eigenen Position
- selbständiges Arbeiten in Gruppen
- Erarbeitung und Durchführung einer Pro-Contra-Debatte

## Neue Medien:

- Nutzung von Präsentationssoftware: Darstellung von Verlaufsdiagrammen, Organigrammen, Recherche im Internet, Aufbau und Probleme des Internets

**Querverweise:**

**Jugend und Recht:** G 8.1, Eth 8.3,  
Rka 8.1, Rev, D, L, F(1), E(2),  
**Jugendkultur:** Mu 8/11, D, E(1), F,  
Spa, Rka 8.1, Rev 8.3-4, Eth 8.1, Phy  
8.1-2+8.3b-c

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Rechtserziehung  
Friedenserziehung  
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und  
Medienerziehung

8.2

**Ökonomische Bildung:  
Markt**

Std.: 13

**Begründung:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen den Wirkungszusammenhang des Marktes erkennen und sich mit ihren Möglichkeiten und Grenzen als Marktteilnehmer auseinandersetzen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Ökonomie und Arbeitswelt“.

Jugendliche in diesem Alter treten im wirtschaftlichen Bereich zunehmend als eigenverantwortliche Käufer auf. Im Bereich der ökonomischen Grundbildung ist es notwendig, sie mit den entsprechenden Rechten und Pflichten und den verschiedenen Formen des Kaufvertrags vertraut zu machen. Die Jugendlichen sind damit Nachfrager auf dem Markt. Um handlungsfähig zu sein, ist es notwendig, die Wirkungszusammenhänge zwischen Angebot, Nachfrage und Preis in den Grundzügen zu erkennen.

Da ihre Abstraktionsfähigkeit noch nicht so weit entwickelt ist, dass komplexe theoretische Modelle erfasst werden können, soll der Unterricht jeweils am konkreten Beispiel - z.B. am Tausch und der Flohmarktsituation - ansetzen und praxis- und handlungsorientiert Vertiefungen leisten bzw. Zusammenhänge herstellen. Hierbei sollen auch die Funktionsbedingungen sowie die Möglichkeiten und Grenzen des Marktes sowie Probleme in der Realität aufgegriffen und bearbeitet werden.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Markt**

Verkaufen und Kaufen; einfacher Wirtschaftskreislauf: Preis, Angebot, Nachfrage; Geldfunktionen; Güterknappheit und ökonomisches Prinzip; Rohstoffe, Energie und Umweltstandards als Wirtschaftsfaktoren

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Vorbereitung des Betriebspraktikums**

Auswahl des Berufsfeldes, Auswahl und Organisation des Praktikumsplatzes

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Informationsbeschaffung durch Expertenbefragung
- Arbeiten mit juristischen Texten, Verlaufsdiagrammen, Schaubildern
- graphische Darstellung von ökonomischen Funktionszusammenhängen
- Fallanalyse

Neue Medien:

- Modellbildung und Simulation

**Querverweis:**

**Konsum:** D, E(1), Mu 8/11-12, Phy 8.3c, Ch 8.1, Rka 8.1, Rev 8.3-4, Eth 8.1

**Umgang mit Ressourcen:** Ch 8.1, Ek, E, F(1), L

**Leben und Wirtschaften im Mittelalter:** G 8.1

**Geld und Tausch:** G 8.1+3, M 8.3

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Rechtserziehung  
Friedenserziehung  
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

## 1.3 Jahrgangsstufe 9

9.1

**Ökonomische Bildung:  
Ökonomie und Arbeitswelt**

Std.: 40

**Begründung:**

Der Unterricht führt ein in die Thematik „Ökonomie und Arbeitswelt“, vermittelt Orientierungswissen, verdeutlicht Entscheidungsstrukturen und Konfliktpotentiale und regt die Schülerinnen und Schüler an, sich mit den unterschiedlichen Interessen im ökonomischen Entscheidungsprozess auseinanderzusetzen und zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Faktoren zur Sicherung ihrer materiellen Lebensgrundlagen und den Wirkungszusammenhang ökonomischer Sachverhalte und seine Dynamik auf der Ebene der Arbeit, des Berufs, des Betriebes und der sich aus der Markt- und der Wettbewerbssituation ergebenden Anforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten und -bedingungen verstehen. Gleichzeitig lernen sie die Folgen des sozio-ökonomischen und technischen Wandels für die Zukunft der Arbeit und die Bedeutung der sozialen Verantwortung im wirtschaftlichen Handeln zu erkennen und zu beurteilen. Einbezogen werden dabei auch die Folgen der Nichtbeachtung ökologischer Grundprobleme und deren Betrachtung als Wirtschafts- und Standortfaktor. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu einem verantwortlichen und rationalen Handeln als Wirtschaftssubjekte zu befähigen. Es soll verdeutlicht werden, dass für das Handeln in Ökonomie und Arbeitswelt Eigenverantwortung, Leistungs- und Innovationsbereitschaft und die Übernahme sozialer Verantwortung notwendig ist.

Die Schülerinnen und Schüler haben noch keine eigene Anschauung von der Arbeitswelt; der Übergang in das Berufsleben steht nicht unmittelbar an. Gleichzeitig ist ihre Abstraktionsfähigkeit noch nicht so entwickelt, dass sie die komplexen, theoretischen Zusammenhänge und Modellbildungen erfassen können. Der Unterricht soll deshalb an konkreten Beispielen ansetzen und aus der Praxis die mögliche Vertiefung leisten und Zusammenhänge herstellen. Wirtschaftsthemen eignen sich in besonderer Weise für eine handlungsorientierte Vermittlung. In der Kooperation der Lernorte Schule und Betrieb durch das Betriebspraktikum und/oder Betriebserkundungen machen die Schülerinnen und Schüler erste eigene Erfahrungen in der Arbeitswelt und werden motiviert für die Beschäftigung mit den unten genannten Inhalten und Stichworten, die im Unterricht für konkrete Beobachtungsaufgaben für Erkundungen und die Vor- und Nachbereitung des Praktikums genutzt werden können. Die theoretische Vertiefung arbeitet mit einfachen Modellen, reduziert auf Wesentliches und vermittelt einen ersten leicht verständlichen Einblick in die Dynamik der ökonomischen Wirkungszusammenhänge und deren gesellschaftspolitische Grundlagen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Arbeit und Beruf**

Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit, Erwerbstätigkeit und Beruf; Berufe und Berufswahl: Eignung, Qualifikation, Leistung und Einkommen; Arbeitslosigkeit; Technische und ökonomische Entwicklungen, soziale Folgen und Wandel von Berufs- und Tätigkeitsstrukturen; Selbständigkeit;  
Lebenslanges Lernen, Bildungs- und Berufsplanung;  
Der Betrieb als System (Ziel, Aufbau, Ablauf, Ausbildung)

**Der Betrieb im Wirtschaftssystem**

Entscheidungsgrundlage betrieblichen Handelns (Markt- und Wettbewerbssituation, Herstellungskosten, Preiskalkulation, Kosten-Nutzen-Rechnung, Umweltstandards);  
Innerbetriebliche Entscheidungsstrukturen und Mitbestimmung; soziale und ökologische Verantwortung; Lohn und Arbeitsbedingungen; unterschiedliche Interessen und Gremien der Konfliktregelung; die Bedeutung tarif-, wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen; Selbständigkeit, unternehmerisches Handeln und Risiko

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Medien als Institution und Wirtschaftsbetrieb**

Funktion und Organisation von öffentlich-rechtlichen und privaten Funkmedien;  
Werbung als Wirtschaftsfaktor und Finanzierungsgrundlage; Informationen als Ware

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Planung der Arbeit und selbständiges Lernen an einem außerschulischen Lernort
- Informationsbeschaffung durch teilnehmende Beobachtung, Recherchen vor Ort
- Arbeit mit statistischen Angaben, Graphiken und Texten aus dem Bereich der Ökonomie
- graphische Darstellung von ökonomischen Funktionszusammenhängen
- Einführung in die Erstellung eines Berichts
- Arbeit in Gruppen, Planspiel; Zukunftsszenarien

Neue Medien:

- Textgestaltung (Geschäftsbriefe, Bewerbungen)
- Nutzung von CD-ROMs
- Einsatz fertiger Software zur Preiskalkulation
- Modellbildung und Simulation

**Querverweis:**

**Ökonomie - Industrialisierung:** Ek, G 9.3, D, E, F, Rus, Ita, Spa, L(1/2), Rka 9.2, Rev 9.2, Ch 9.1

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Ökologische Bildung und Umwelterziehung  
Gesundheitserziehung  
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

9.2

Sozialstaatlichkeit

Std.: 14

**Begründung:**

Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zu den Inhaltsbereichen „Individuum und Gesellschaft“, „Ökonomie“ und „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit dem Verfassungsgebot der Sozialstaatlichkeit und den Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung sowie mit den politischen und gesellschaftlichen Positionen um die konkrete Gestaltung und die jeweiligen Konsequenzen auseinandersetzen, die Bedeutung für die eigene Lebenssituation und die gesellschaftliche Entwicklung erkennen und befähigt werden, eine eigene Position zu entwickeln

Der Sozialstaat als gleichzeitig gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Kategorie verlangt die Verknüpfung von Orientierungswissen aus verschiedenen Inhaltsbereichen und beinhaltet im Spannungsverhältnis des Artikels 20,1 zu den Artikeln 2 und 14 die Entwicklung von der liberalen zur sozialen Marktwirtschaft. Statt einer umfassenden Behandlung der Systeme sozialer Sicherung sollte an exemplarischen, der Schülermotivation zugänglichen Fällen die Spannung zwischen staatlicher Sicherung und individueller Verantwortung thematisiert werden. Die unterschiedlichen Positionen, z.B. in der Armutsdebatte, veranschaulichen den Schülern, dass die politische Diskussion um soziale Existenzsicherung, Finanzierbarkeit und individuelle Vorsorge und damit um die Konkretisierung des Verfassungsgebotes immer wieder neu geführt wird und sie sich hier einen eigenen, sachlich begründeten Standpunkt erarbeiten müssen, um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich mitgestalten zu können und um eine Basis für spätere eigene Entscheidungen zu gewinnen.

Mit der vertiefenden Betrachtung der Sozialstruktur kommen die gesamtgesellschaftliche Perspektive, Auswirkungen und Entwicklungen in den Blick.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Sozialstaatlichkeit**

Verfassungsgebot, Soziale Sicherung, Möglichkeiten und Grenzen von sozialen Sicherungssystemen, Generationenvertrag, Solidargemeinschaft und individuelle Verantwortung, freie und soziale Marktwirtschaft

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Sozialstruktur**

Einkommensverteilung und soziale Schichtung; Armut und Reichtum; Altersstruktur; Bildungsstruktur

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien
- Einführung in die Arbeit mit Auszügen aus Verfassungs- und Vertragstexten, mit empirischem Material, politischen Stellungnahmen, Kommentaren, graphischen Darstellungen
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Beurteilung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sachverhalte und Konflikte
- politische Pro-Contra-Debatte
- Einführung in Podiumsdiskussion und deren Moderation

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- Gestaltung von Schaubildern

**Querverweise:**

**Ökonomie - Industrialisierung:** Ek, G 9.3, D, E, F, Rus, Ita, Spa, L(1/2), Rka 9.2, Rev 9.2, Ch 9.1

**Entwicklung der Demokratie:** G 9.1-2, Eth 9.1-2, Rka 9.2-3, Rev 9.2, D, E, F(1), GrA, L

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Rechtserziehung  
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und  
Medienerziehung

## 1.4 Jahrgangsstufe 10

## 10.1

## Parlamentarische Demokratie und politisches System

Std.: 18

**Begründung:**

Der Unterricht führt ein in die Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie und vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Grundsätze des demokratischen Systems sowie die Möglichkeiten und Schwierigkeiten erkennen, wie kontroverse gesellschaftliche Interessen durch demokratische, parlamentarische Auseinandersetzung und Verfahren zum Kompromiss bzw. zu einer konsensfähigen Entscheidung führen. Für die Willensbildung und Entscheidungsfindung soll die Rolle des öffentlichen Diskurses, der Streit und politische Auseinandersetzungen notwendig einschließt, genauso deutlich werden wie die Funktion des Kompromisses, der allen Beteiligten Zugeständnisse abverlangt. Dies befähigt Schülerinnen und Schüler zu einem differenzierten politischen Urteil. Für die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen oder anderen eindimensionalen Positionen hat die Einübung einer argumentierenden Streit- und Diskussionskultur, das Verständnis von Kompromissen, nicht als Niederlage, sondern als Voraussetzung für die Akzeptanz einer Mehrheitsentscheidung, wesentliche Bedeutung.

Durch die Einbeziehung aktueller politischer Auseinandersetzungen (z.B. zur Innen-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik), deren Analyse und Beurteilung werden die sonst den Schülerinnen und Schülern abstrakt erscheinenden Verfahren durchschau- und nachvollziehbar. Sie erkennen, dass durch die Einhaltung formaler Verfahren, auch wenn sie häufig als umständlich und bürokratisch empfunden werden, Rechtsstaatlichkeit garantiert, Willkür verhindert wird und Menschenrechte gesichert werden. Der wechselseitig sich beschränkende und ergänzende Einfluss von Parteien, Institutionen, Verbänden und Medien ist dabei als wesentliches Element der pluralistischen Demokratie zu sehen, weil so unterschiedliche Interessen in die Verständigung über das Gemeinwohl einbezogen werden. Die neuere Diskussion über eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger lenkt den Blick auf die Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen.

Der Schwerpunkt „Grundwerte der Verfassung“ nimmt die in den Jahrgangsstufen 7, 8 und 9 angesprochenen Prinzipien der Grund- und Menschenrechte, der Rechts- und Sozialstaatlichkeit auf und führt zu einer zusammenfassenden grundsätzlichen Betrachtung der Grundwerte. Er thematisiert dadurch die Bedeutung individueller Freiheitsrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Maßstab des politischen Handelns. Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die Grundrechte mit ihrer im Grundgesetz herausgehobenen Bedeutung als unmittelbar geltendes Recht und mit ihrem starken Schutz (Wesensgehaltsgarantie, Bundesverfassungsgericht) die wesentliche Grundlage unseres freiheitlichen und demokratischen Staates und ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zu Systemen politischer Unterdrückung darstellen. Dabei ist zu beachten, dass die Grundrechte im Rahmen der sozialen Einbindung und Verantwortung des Individuums interpretiert werden müssen.

Mit dem Inhaltsbereich „Medien, Pressefreiheit und Demokratie“ wird die vertiefende Beschäftigung mit dem Recht auf freie, ungehinderte Information, mit der besonderen Bedeutung der Presse bei der Definition von politischen Auseinandersetzungen, bei der Präsentation von politischen Positionen und bei der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger sowie ihr Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung angesprochen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Funktionsweise der politischen Institutionen**

Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie (Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung; Parteien und Verbände; Wahl und Rolle des Bundespräsidenten; Bürgerbeteiligung); Gesetzgebungsverfahren

**Wahlen und Parteien**

Wahlkampf, Wahlsystem; Aufgaben, Stellung und innere Struktur der Parteien; Mehrheitsbildung; Fraktionen, Koalitionen, Regierungsbildung

**Grundwerte der Verfassung**

Grund- und Menschenrechte; Volkssouveränität, Gewaltenteilung, demokratischer und sozialer Rechtsstaat; „wehrhafte Demokratie“

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

**Föderalismus**

Kompetenzverteilung - Bund und Länder; Verhältnis alte und neue Bundesländer, Wiedervereinigung: Folgen und Aufgaben

**Medien, Pressefreiheit und Demokratie**

Grundgesetz und Pressefreiheit; Pressekonzentration; Presse als 4. Gewalt

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Erstellung eines Arbeitsplanes zur Analyse von politischen Konflikten
- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien
- Einführung in die Arbeit mit politischen Stellungnahmen, Kommentaren, Darstellungen, Organigrammen, mit Auszügen aus Verfassungs- und Vertragstexten
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Beurteilung politischer Sachverhalte, Konflikte
- politische Pro-Contra-Debatte
- Einführung in Podiumsdiskussion und deren Moderation

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- graphische Darstellung von Wahlergebnissen, Wahlanalysen (Auswertung von empirischen Ergebnissen)

**Querverweise:**

**Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg – die geteilte Welt 1945 – 1990:** G 10.1, Rka 10.1, Rev 10.3, D, E(1), F, Rus, Mu 10/20  
**Demokratie: von Athen bis zur Moderne:** G 10.1, GrA  
**Individuum und Gesellschaft:** Eth 10.3, D, E, F, Spa, GrA, L  
**Nachrichten:** D, F(1/2), E, Spa, Ita  
**Musik und Sprache als Spiegel ihrer Zeit:** Mu 10/16+20, D, E(1), Spa, Ita, Rus, L(1/2), G 10.1+3-4, Rka 10.4, Rev 10.3

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Rechtserziehung  
 Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

10.2

Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung

Std.: 18

**Begründung:**

Der Unterricht führt ein in die Probleme internationaler Zusammenarbeit und Friedenssicherung und vermittelt in der Analyse eines internationalen Konflikts Orientierungswissen mit dem Ziel sachlich begründeter Urteilsbildung. Die Schülerinnen und Schüler sollen Möglichkeiten und Schwierigkeiten erkennen und einschätzen lernen, nationale und internationale Konflikte durch internationale Zusammenarbeit und zwischenstaatliche Organisationen zu verhindern bzw. zu bewältigen.

Am Beispiel der europäischen Integration und der Arbeit internationaler Organisationen und Zusammenschlüsse werden die Möglichkeiten und Schwierigkeiten behandelt, durch internationale Zusammenarbeit den Frieden zu sichern. Die Bearbeitung geht von der Analyse europäischer und internationaler Konfliktfelder aus und verdeutlicht Ziele, Aufbau, Entscheidungsstrukturen und Handlungsmöglichkeiten zwischenstaatlicher Zusammenschlüsse. In der Beurteilung sollen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeiten und Probleme, durch internationale Vereinbarungen den Frieden zu sichern, erkennen und sowohl die Faktoren erfolgreicher als auch gescheiterter Friedensbemühungen einschätzen können. Friedenssicherung wird damit als dauernde Aufgabe erkennbar. In diesem Zusammenhang ist auch die Stellung Deutschlands im internationalen Zusammenhang und seine Verantwortung für den Frieden zu sehen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Europäische Integration**

Grundsätze, Ziele, Entscheidungsstruktur, Gremien in der EU; Stellung Deutschlands in Europa; nationale und europäische Identität, Menschenrechte und Sicherheit in Europa

**Internationale Beziehungen**

Internationale Konfliktfelder und Interessen; innergesellschaftliche Konflikte und internationale Friedenssicherung; Organisationen zur Friedenssicherung, Ziele, Aufbau und Handlungsmöglichkeiten (UNO, NATO); Agenda 21

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Erstellung eines Arbeitsplanes zur Analyse von internationalen Konflikten
- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien
- Arbeit mit politischen Stellungnahmen, Kommentaren, Darstellungen in den Medien
- Arbeit mit Auszügen internationaler Vertragstexte
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Beurteilung internationaler Konflikte
- Podiumsdiskussion und Pro-Contra-Debatte

Neue Medien:

- Internetrecherche, Regeln der Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl

**Querverweise:****Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg**

– die geteilte Welt 1945 – 1990: G 10.1, Rka 10.1, Rev 10.3, D, E(1), F, Rus, Mu 10/20

**Vom Recht auf Krieg zur Pflicht zum Frieden:** L(2), G 10.1-5, Eth 10.1

**Globalisierung und europäische Integration:** G 10.2+5, E(1), F

**Nachrichten:** D, F(1/2), E, Spa, Ita

**Musik und Sprache als Spiegel ihrer Zeit:** Mu 10/16+20, D, E(1), Spa, Ita, Rus, L(1/2), G 10.1+3-4, Rka 10.4, Rev 10.3

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Friedenserziehung

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

10.3

**Ökonomische Bildung:  
Internationale Wirtschaftsbeziehungen**

Std.: 18

**Begründung:**

Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Ökonomische Bildung“. Die Schülerinnen und Schüler sollen den ökonomischen Wirkungszusammenhang im internationalen Zusammenhang sowie die Bedeutung wirtschaftlicher und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit für die Sicherung der materiellen Lebensgrundlage erkennen und beurteilen.

Die Bedeutung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen für die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen und die Zukunft der Arbeit lässt sich beispielhaft an der Wirtschafts- und Währungsunion der EU und in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie dem globalen Standortwettbewerb verdeutlichen. Die Beschäftigung mit der europäischen Integration zielt auch darauf, dass die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion für die eigene Lebensplanung erkennen. Damit werden die internationalen ökonomischen Zusammenhänge und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten für eigenes und nationales Handeln vermittelt. Internationale Wirtschaftsstrukturen beeinflussen die Entwicklungsmöglichkeiten von Volkswirtschaften und Gesellschaften und gewinnen im Prozess der Globalisierung zunehmend an Bedeutung. Die Frage von Entwicklung und Unterentwicklung wird in diesem Zusammenhang in der Kontroverse um markt- und lenkungsorientierten Konzepten diskutiert. Das Thema Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik ist über die Aktivitäten internationaler Spendenorganisationen, der Kirchen, regionaler Bürgerinitiativen und Patengruppen im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler präsent und es gibt eine Fülle anschaulicher Fallmaterials, so dass der Unterricht daran anknüpfend die unterschiedlichen, in der Regel mehrdimensionalen Faktoren von Entwicklung bzw. Unterentwicklung herausarbeiten kann.

Im Mittelpunkt des fakultativen Inhalts Globalisierung stehen konkrete Beispiele von Unternehmensentscheidungen aus dem Erfahrungsbereich der Lerngruppe oder der Region.

Bei der Auseinandersetzung mit Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Globalisierung soll auf die Inhalte des Faches Erdkunde in der Jahrgangsstufe 9 (Industrieräume im Vergleich, Wirtschaftsregionen, Regionalentwicklung) zurückgegriffen werden.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Europäische Integration**

Wirtschafts- und Währungsunion, z.B. Euro; europäischer Binnenmarkt; Wanderungsbewegungen; Lernen und Arbeiten im vereinten Europa

**Welthandel, internationale Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsländer**

Welthandelsstrukturen; Globalisierung; Unterentwicklung; Agenda 21

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Globaler Standortwettbewerb**

Standortentscheidungen regionaler Unternehmen im Rahmen der internationalen Konkurrenz; Auswirkungen nationaler und internationaler Faktoren; Rohstoffe, Energie und Umweltstandards als Wirtschaftsfaktoren

**Entwicklungspolitik**

Entwicklungsstrategien; staatliche Entwicklungsprogramme; freie Entwicklungshilfe; Weltmarkt

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

- Informationsbeschaffung und -auswahl in öffentlichen Medien
- Arbeit mit wirtschaftspolitischen Darstellungen, Organigrammen, Stellungnahmen, Kommentaren
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Position
- Podiumsdiskussion und Pro-Contra-Debatte

## Neue Medien:

- Internetrecherche: Informationsbeschaffung, -auswahl und -bearbeitung
- Einsatz vorhandener Software zur Simulationen

**Querverweise:**

**Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg – die geteilte Welt 1945 – 1990:** G 10.1, Rka 10.1, Rev 10.3, D, E(1), F, Rus, Mu 10/20

**Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts:** G 10.5

**Globalisierung und europäische Integration:** G 10.2+5, E(1), F

**Umgang mit Ressourcen:** Phy 10.3, Ch 10.4, G 10.5, E(1), F(1)

**Entwicklung – Unterentwicklung:** G 10.5

**Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in Osteuropa:** Rus, G 10.4-5

**Nachrichten:** D, F(1/2), E, Spa, Ita

**Musik und Sprache als Spiegel ihrer Zeit:** Mu 10/16+20, D, E(1), Spa, Ita, Rus, L(1/2), G 10.1+3-4, Rka 10.4, Rev 10.3

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Friedenserziehung  
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und  
Medienerziehung

## 2 Übergangprofil von der Jahrgangsstufe 10 in die gymnasiale Oberstufe

Voraussetzung und Grundlage für eine erfolgreiche Mitarbeit im Fach Sozialkunde in der gymnasialen Oberstufe sind die nachfolgenden in der Sekundarstufe I erworbenen Qualifikationen und Kenntnisse.

### Kenntnisse

- Die Schülerinnen und Schüler sollen über grundlegende Kenntnisse verfügen aus den Bereichen
- der Ökonomie (Wirtschaften im privaten Haushalt, Markt, Ökonomie und Arbeitswelt, internationale Wirtschaftsbeziehungen)
  - der Politik (Politische Ordnung, parlamentarische Demokratie, Partizipation und Menschenwürde, Internationale Beziehungen)
  - der sozialen Zusammenhänge (Individuum und Gesellschaft, Sozialisation, Familie und Gruppen)
  - des Rechts (rechtliche Grundlagen der Gesellschaft, Zivil-, Straf-, Jugendrecht)
  - der Ökologie (Umweltschutz; Rohstoffe, Energie und Umweltstandards als Wirtschaftsfaktoren; Agenda 21).

### Fertigkeiten

- Im methodischen Bereich sollen die Schülerinnen und Schüler in der Lage sein,
- Lerngegenstände selbständig und sachangemessen zu erarbeiten
  - selbständig Material zu beschaffen und dieses problemangemessen auszuwerten
  - Inhalte und Ergebnisse zu präsentieren und in neue Zusammenhänge zu transferieren.

### Fähigkeiten / Qualifikationen

Sie sollen in der Lage sein, mit Hilfe dieses Orientierungswissens Gegebenheiten, Zusammenhänge und Kontroversen angemessen zu analysieren und zu bewerten, Zusammenhänge zwischen ökonomischen, sozialen, politischen und ökologischen Aspekten gesellschaftlicher Probleme und Handlungen zu erkennen sowie einen eigenen Standpunkt argumentativ überzeugend zu entwickeln und zu vertreten.

Dazu gehören auch soziale Kompetenz, Verantwortungsbereitschaft sowie Toleranz und Zivilcourage.

## Der Unterricht in der Sekundarstufe II

### 3. Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Jahrgangsstufen 11 bis 13

In der gymnasialen Oberstufe greift der Unterricht die Inhalte, Problemstellungen und Methoden der Sekundarstufe I im Sinne eines Spiralcurriculums auf. Dabei nimmt die Komplexität und das Abstraktionsniveau zu. Die Themenstellungen werden differenzierter analysiert, interpretiert und bewertet. Neben der Vermittlung von grundlegendem Wissen sollen die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, selbständig Probleme und offene Fragen zu erkennen, Interessen, Positionen und wissenschaftliche Zugänge zu reflektieren sowie Methoden zur Erarbeitung anzuwenden. Die in der Sekundarstufe I erworbenen methodischen Kompetenzen hinsichtlich selbständiger Arbeitsorganisation, der Präsentation von Ergebnissen und der Arbeit im Team sollen weiterentwickelt werden.

In den Jahrgangsstufen 11 – 13 werden die im Teil A aufgeführten gegenwärtigen und in die Zukunft weisenden Fragen und Herausforderungen aufgegriffen:

- Gestaltung des sozioökonomischen und technologischen Wandels;
- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen;
- Sicherung der materiellen Lebensbedingungen und die Zukunft der Arbeit;
- Sicherung und Ausbau der Partizipation und Menschenrechte;
- Sicherung des Friedens.

Deren schwerpunktartige Zuordnung zu Kurshalbjahren erfolgt auf Grund inhaltlicher Zusammenhänge, notwendiger Lernvoraussetzungen und organisatorischer Bedingungen. In den Jahrgangsstufen 11 und 12 kann die Schule, um fachübergreifende oder berufsorientierende Projekte anbieten zu können, über die Abfolge der Kurse innerhalb eines Schuljahrs entscheiden. Die Schülerinnen und Schülern sollen bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 (verpflichtende Belegung) über Grundlagenwissen, Problemverständnis und methodische Fähigkeiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, sich als verantwortlich handelnde Bürger am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Die freie Belegung in der Jahrgangsstufe 13 eröffnet den Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten einer intensiveren Betrachtung und Auseinandersetzung mit globalen Entwicklungen, Kontroversen, Interpretationen und Lösungsansätzen.

In den Jahrgangsstufen 12 und 13 wird Politik und Wirtschaft in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Die Grund- und Leistungskurse unterscheiden sich nicht grundsätzlich in Inhalten und Zielen. Unterschiede bestehen allerdings hinsichtlich der theoretischen Vertiefung. Dies betrifft

- die Komplexität der Problemstellungen (auch hinsichtlich interdisziplinärer Komplexität),
- die Intensität der Untersuchungen und die begrifflichen Differenzierung,
- das Abstraktionsniveau der Untersuchungen sowie den Stellenwert theoretischer Analysen.

Der Unterricht in Leistungskursen erfordert in besonderem Maße die Selbsttätigkeit der Lernenden und bereitet auf die Studierfähigkeit in den Bezugswissenschaften vor. Zusätzliche Inhalte, die im Leistungskurs behandelt werden sollen, sind in den Kurshalbjahren jeweils einzeln ausgewiesen.

Der Unterricht in Grundkursen, der sich im Übrigen eher auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse, Einsichten und Fähigkeiten konzentriert, hat gleichwohl auch wissenschaftspropädeutische Aufgaben zu erfüllen.

Die Inhalte werden durch folgende Felder strukturiert und den einzelnen Halbjahren zugeordnet:

Jahrgangsstufe	Inhaltsbereich	
11.1	Sozialstruktur und sozioökonomischer Wandel	Abfolge variabel
11.2	Ökologie und Marktwirtschaft	
12.1	Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	Abfolge variabel
12.2	Politische Strukturen und Prozesse	
13.1	Internationale Beziehungen	
13.2	Globalisierung – Chancen, Gefahren, Entwicklungsperspektiven	

Unabhängig von der Abfolge der Inhalte und der Schwerpunktbildung bei der Unterrichtsgestaltung bilden die Grundlage für die Abiturprüfung die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) mit vier Lern- und Prüfungsbereichen. In mindestens drei der nachfolgenden vier Lern- und Prüfungsbereiche – und innerhalb dieser in mindestens einem Thema - müssen Schülerinnen und Schüler für die Abiturprüfung Kenntnisse erworben haben.

- Lern- und Prüfungsbereich Wirtschaft
  - Strukturpolitik
  - Konjunkturpolitik
  - Verteilungspolitik
  - Umweltpolitik
  - Arbeit und Beruf im ökonomisch-technischen Wandel
  
- Lernbereich Gesellschaft
  - Sozialstruktur und sozialer Wandel
  - Sozialisation in Familie, Schule, Beruf
  - Politische und soziale Integration
  - Mitbestimmung und Mitwirkung (Partizipation)
  
- Lern- und Prüfungsbereich politisches System und politischer Prozess
  - Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
  - Politische Willensbildungsprozesse
  - Politische Ideen und Herrschaftssysteme
  
- Lern- und Prüfungsbereich internationale Politik
  - Friedens- und Sicherheitspolitik; internationales Krisenmanagement
  - Industrieländer und "Dritte Welt"
  - Entwicklungen in Europa und europäische Integration

Im Fach Politik und Wirtschaft werden Kenntnisse, Fähigkeiten und Einsichten vermittelt, die in einem wirtschaftskundlichen, einem sozialkundlichen, einem politisch-rechtskundlichen und einem die internationalen Beziehungen umfassenden Lern- und Prüfungsbereich erfasst sind. Der Lehrplan ordnet die vorstehenden Inhalte, die für die Abiturprüfung als Lern- und Prüfungsbereiche zur Verfügung stehen müssen, jeweils verbindlichen Themenfeldern mit entsprechenden Inhalten zu.

**3.1 Die Jahrgangsstufe 11****3.1.1 11.1****11.1****Sozialstruktur und sozioökonomischer Wandel****Std.: 23****Begründung:**

Die Sozialstruktur Deutschlands lässt sich in ihrer Komplexität im Unterricht nicht nachbilden. Mit der unterrichtlichen Behandlung von Themen, die die Rolle des Individuums in der Gesellschaft analysieren, zeigt der Unterricht, wie individuelle und subjektive Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern als Voraussetzung und Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse interpretiert werden können. Sie werden gleichermaßen zum Subjekt und Objekt des Unterrichts.

Um den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die unterschiedlichen soziologischen Fragestellungen zu vermitteln, sollen mehrere Stichworte zur Sozialstruktur Deutschlands behandelt werden; die Schwerpunktbildung soll im Sinn einer schülerorientierten Unterrichtsplanung mit der Lerngruppe abgestimmt werden. Während das Stichwort Familienformen und Sozialisation von Jugendlichen an die Erfahrung der Schülerinnen und Schüler anknüpft und Selbstreflexion und Objektivierung der eigenen Situation erlaubt, zeichnen die übrigen Stichworte gesellschaftliche Zusammenhänge und Tendenzen nach und führen zum Verständnis struktureller Entwicklungen. Die angemessene Interpretation von Statistiken und Schaubildern (Stichproben-, repräsentative Erhebung, Zählungen, Umfragen) soll dabei ebenso Teil des Unterrichts sein wie die Beschäftigung mit exemplarischen Beispielen, die auch aus Reportagen, Literatur, Filmen oder Kunstdarstellungen entnommen sein können. Befragungen oder eigene Beobachtungen vor Ort zum Beispiel zur Schließung von Industrie- und Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben, zur Beschäftigung ausländischer oder ostdeutscher Arbeitnehmer können die allgemein gewonnenen Ergebnisse veranschaulichen.

Die enorme Produktivitätssteigerung in allen drei Sektoren (Urproduktion, Industrie und Dienstleistung) als Folge technologischer und organisatorischer Innovationen und der internationale Kostendruck führten zu veränderten Branchen- und Berufsstrukturen. Sie ermöglichen und verlangen flexiblere Produktion, die dem Konsumenten/Kunden verbesserte und auch individuellere Produkte, dem Arbeitnehmer aber veränderte Arbeitsbedingungen beschert. Im Sinne einer zukunftsorientierten Berufs- und Studier Vorbereitung soll der Unterricht den Strukturwandel und dessen Folgen für Ausbildung, Arbeit und Beruf deutlich machen und den Jugendlichen Hilfestellungen bei der Entscheidungsfindung für ihre Lebensplanung geben. Schülerinnen und Schüler können bei der Recherche zu einem sie interessierenden oder von ihnen angestrebten Beruf oder bei der Auswertung des Betriebspraktikums Erkenntnisse zu den angeführten Stichworten gewinnen, diese präsentieren und/oder als schriftliche Hausarbeit formulieren.

Der Analyse der Sozialstruktur liegen unterschiedliche theoretische Traditionen und verschiedene Erkenntnisinteressen zu Grunde. Dass dies so ist und ein Erklärungsansatz nicht alleinige Geltung zu beanspruchen vermag, soll den Schülerinnen und Schülern über die Beschäftigung mit mehreren verschiedenen Modellen deutlich gemacht werden. Ein ideologiekritischer Zugang zu soziologischen Erklärungsmodellen fördert bei Schülerinnen und Schülern die begründete Urteilsbildung und Skepsis gegenüber monokausalen gesellschaftlichen Erklärungsmustern.

Der sozioökonomische Wandel verlangt politische Antworten im Bereich der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. In der Kontroverse um Lösungsansätze spielen gesellschaftliche Interessengruppen und Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern, Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle. Diese Auseinandersetzung kann im fakultativen Bereich exemplarisch analysiert und beurteilt werden.

Ein Einblick in Methoden der empirischen Sozialforschung kann den Lernenden über einen eigenen thematischen Schwerpunkt, aber auch als methodischer Exkurs zu einem Thema des verbindlichen Teils gegeben werden.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben****Themenstichworte****Struktur und Entwicklung der Bevölkerung**

Familienformen im Wandel, Sozialisation von Jugendlichen, Altersentwicklung; Individualisierung; räumliche und soziale Mobilität

**Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft**

Sozialer, wirtschaftlicher Wandel, Modernisierung, Rationalisierung und neue Technologien; Berufsstruktur und Arbeitsmarkt; veränderte Qualifikationsanforderungen und Arbeitsbedingungen; strukturelle

Arbeitslosigkeit, Flexibilität und berufliche Mobilität;  
Gleichberechtigung der Geschlechter in Beruf und Wirtschaft

**Strukturmodelle der Gesellschaft**

Demographisch orientierte Analysen; Schichtungs- und Klassenmodelle; Soziale Milieus; Sozialstruktur als soziales Rollengefüge

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

**Politische Problemfelder und Lösungsansätze**

Kontroversen, Interessen und Vorschläge in der Sozial- und Bildungspolitik, Struktur- oder Arbeitsmarktpolitik.

**Neue Schlüsselbegriffe der Gesellschaftsanalyse**

Digitale Revolution, Informationsgesellschaft, Zweidrittelgesellschaft, Risikogesellschaft, ‚Neue Armut‘

**Einblick in Methoden empirischer Sozialforschung**

Erhebungs-, Befragungs- und Auswertungsmethoden am Beispiel (z.B. Shell-Jugendstudie); Durchführung einer kleinen empirischen Untersuchung

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

Einführung in Fragestellungen und Instrumente der empirischen Sozialforschung  
Computergestützte Befragung, z.B. GrafStat2000

**Querverweise:**

**Identitätsfindung:** D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, Ku, Mu, G, Rka, Rev, Eth, Phil

**Lebensentwürfe:** D, Rus, L, GrA, Rka, Eth, Phil, Rev, E

**Mensch und Welt:** L, GrA, Mu, G, Ek, Rka, Rev, Phil, Phy, D, F, Ita, Rus, Ku

**Sozialer Wandel:** E, F, Spa, Rus, Ita, L, G, Ek, Spo

**Massenmedien und Kultur:** D, E, F, Spa, Ita, L, Inf

**Zentralisierung – Dezentralisierung:** F, Ek, Spa, Rus, L

**Stadt:** L, GrA, G, Ek, Phil, F, Rus, Ch

**Programmierung – Simulation:** Inf, M, Ch, Phy

**Internet und Hypertext:** Inf, Bio

**Leistung:** Spo

**Gesunde Lebensführung:** Spo, Eth

**Ökonomie vs. Ökologie:** D, E, Spa, Ita, L, Ek, Rev, Phil, M, Spo

**Klima und Boden:** Ch, Ek

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Ökologische Bildung und Umwelterziehung  
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung  
Erziehung zur Gleichberechtigung  
Kulturelle Praxis  
Friedenserziehung

## 3.1.2 11.2

11.2

Ökologie und Marktwirtschaft

Std.: 23

**Begründung:**

Schülerinnen und Schüler verfügen zum Thema Ökologie in der Regel über ein umfangreiches, aber unstrukturiertes Vorwissen. Daran anknüpfend soll der Unterricht einzelne Bereiche genauer untersuchen und gegenüber einem eher unspezifischen Bedrohungsgefühl durch eine gefährdete Umwelt sowohl die tatsächlich stattgefundenen Veränderungen und Entwicklungen als auch konkrete Umweltprobleme nachzeichnen. Die exemplarische Beschäftigung mit zwei der angeführten Themenstichworte soll die Breite der gesellschaftlichen Aufgaben zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen deutlich machen.

Voraussetzung für eine adäquate Einschätzung des Verhältnisses zwischen Ökologie und Ökonomie ist wirtschaftliches Grundlagenwissen über die Funktion der Marktwirtschaft. Die Einführung in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wird daher der Beschäftigung mit den ökologischen Kosten marktwirtschaftlicher Produktion vorangestellt. So lässt sich auch systematisch ökologisches Verbraucherverhalten als Teil des privaten Konsums und ökologisches Produzieren als Ergebnis von entsprechenden Investitionen einordnen. Der Themenbereich Wirtschaftswachstum und Ökologie beschäftigt sich mit marktorientierten Lösungsansätzen und dem Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie. Es wird angeregt, die angeführten Stichworte im Rahmen einer exemplarischen Erkundung eines Betriebes der Region mit Öko-Audit zu untersuchen, zu bearbeiten und zu präsentieren.

Im Themenbereich Umweltpolitik soll der Unterricht die Wirkung politischer Entscheidungsprozesse und öffentlicher Meinung sowie die Mobilisierung von Veränderungspotentialen als Antwort auf als gefährlich eingeschätzte Entwicklungen thematisieren. Hier kann den Jugendlichen klar werden, dass gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen veränderbar und dem politischen Handeln zugänglich sind und dass politisches Engagement sich lohnt. Die Aufgaben und Probleme der internationalen Umweltpolitik, zu wirksamen Vereinbarungen zu kommen, sind am ausgewählten Beispiel in den Unterricht einzubeziehen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben****Themenstichworte**

**Quantitative und qualitative ökologische Entwicklungen und Belastungen in unterschiedlichen Bereichen**

Industrie und Landwirtschaft; Mobilität und Verkehr; Luft, Wasser, Boden, Klima, Ressourcenverbrauch; Verbraucherverhalten und Ökologie

**Soziale Marktwirtschaft**

Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild; Entstehung und Verwendung des BIP; Kreislauf von Geld- und Warenströmen; Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des gesamtwirtschaftlichen Angebots

**Wirtschaftswachstum und Ökologie**

Ökologische Nachhaltigkeit; von der Ökologie als „negativem Standortfaktor“ zum marktorientierten Umweltmanagement  
Ressourcenschonung; soziale und ökologische Effekte und Kosten marktwirtschaftlicher Produktion

**Umweltpolitik:  
Problemfelder und Lösungsansätze**

Umweltpolitik zwischen marktwirtschaftlichen Anreizen und staatlichen Auflagen; Aufgaben und Probleme staatlicher Umweltpolitik (exemplarische Untersuchung der Agrarpolitik, Verkehrspolitik, Steuer- oder Subventionspolitik) nationale Umweltpolitik und internationale Vereinbarungen (z.B. Klimaschutz)

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

<b>Exemplarische Untersuchung im Nahbereich</b>	Energiebilanz der Schule, Abfallkonzepte Schule / Gemeinde, ökologisches Verkehrskonzept in Schule und Kommune; Erkundung von Betrieben mit Öko-Audit
<b>Zwischen Standortsicherung, Wirtschaftsentwicklung und ökologischen Ansprüchen</b>	Exemplarische Untersuchung von Planungsvorhaben Interessen, Interessenkonflikte, Verfahren des Interessenausgleichs; Entwicklung eines Fragebogens Präsentation einer kleinen empirischen Studie
<b>Ökologische Kosten/Ressourcen</b>	Ökologische Kosten-Nutzen-Analysen (Ökobilanzen) „Ökologische Schadensbilanz“

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

Analyse, Auswertung und Interpretation ökonomischer/ökologischer Daten und Positionen  
 Simulation und Planspiel  
 Präsentation von Ergebnissen

**Querverweise:**

**Identitätsfindung:** D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, Ku, Mu, G, Rka, Rev, Eth, Phil  
**Lebensentwürfe:** D, Rus, L, GrA, Rka, Eth, Phil, Rev, E  
**Mensch und Welt:** L, GrA, Mu, G, Ek, Rka, Rev, Phil, Phy, D, F, Ita, Rus, Ku  
**Sozialer Wandel:** E, F, Spa, Rus, Ita, L, G, Ek, Spo  
**Massenmedien und Kultur:** D, E, F, Spa, Ita, L, Inf  
**Zentralisierung – Dezentralisierung:** F, Ek, Spa, Rus, L  
**Stadt:** L, GrA, G, Ek, Phil, F, Rus, Ch  
**Programmierung – Simulation:** Inf, M, Ch, Phy  
**Internet und Hypertext:** Inf, Bio  
**Leistung:** Spo  
**Gesunde Lebensführung:** Spo, Eth  
**Ökonomie vs. Ökologie:** D, E, Spa, Ita, L, Ek, Rev, Phil, M, Spo  
**Klima und Boden:** Ch, Ek

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Ökologische Bildung und Umwelterziehung  
 Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung  
 Erziehung zur Gleichberechtigung  
 Kulturelle Praxis  
 Friedenserziehung

## 3.2 Die Jahrgangsstufe 12

## 3.2.1 12.1

12.1	<b>Wirtschaft und Wirtschaftspolitik</b>	<b>Std.:</b> <b>GK 36</b> <b>LK 63</b>
------	--	--

**Begründung:**

Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe betrachten das wirtschaftliche Geschehen vor allem aus der Perspektive von Konsumenten, als interessierte Beobachter auffälliger bzw. spekulativer Transaktionen in Bereichen der Waren- und Geldzirkulation oder unter dem Blickwinkel ihrer Berufswahlentscheidung. Sie haben aus der Sekundarstufe I und aus dem Unterricht der Jahrgangsstufe 11 bereits grundsätzliche Informationen zum Marktmechanismus und zu gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen. Daran anknüpfend geht es in diesem Halbjahrsthema um eine vertiefte Beschäftigung mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik sowie den Grundlagen, Chancen und Schwierigkeiten der Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Damit sind die Fragen der Selbstregulierung des Marktes, der Sicherung des Wettbewerbs und des sozialen Ausgleichs sowie der Ziele und der Instrumente der Wirtschaftspolitik angesprochen. Die Kontroversen zwischen einer Stärkung der Eigenverantwortung einerseits und staatlicher Lenkung und sozialer Absicherung andererseits können durch die Beobachtung der aktuellen wirtschaftlichen Situation nachvollzogen und beurteilt werden, makroökonomische Zusammenhänge durch ein Planspiel erfahrbar werden. Die unten genannten Stichpunkte geben dabei den Rahmen der Erarbeitung und der systematischen Einordnung an. Alternative wirtschaftspolitische Optionen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung sollen im Leistungskurs und können im Grundkurs theoretisch fundiert werden. Den Schülerinnen und Schülern wird die Komplexität des Ordnungsmodells der sozialen Marktwirtschaft deutlich und die Notwendigkeit, diese zu überprüfen, zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Die Volkswirtschaften und ihre Außenbeziehungen werden zunehmend durch wirtschaftliche Zusammenschlüsse und die Entwicklung integrierter Wirtschaftsräume bestimmt. Entsprechend hat die wirtschaftliche Integration Europas auf der Grundlage des Vertrages von Maastricht für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert. In die Diskussion über Chancen und Gefahren dieses Prozesses im Zusammenhang mit der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen die wirtschaftlichen und politischen Interessen unterschiedlicher Gruppen und Staaten ein. Dies gilt insbesondere auch für Fragen der Weiterentwicklung des Integrationsprozesses.

Der Unterricht muss die vorgenannten Aspekte berücksichtigen, d.h. die unterschiedlichen Perspektiven aufnehmen, deren Folgen antizipieren und den Schülerinnen und Schülern so eine eigene Urteilsbildung ermöglichen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Themenstichworte****Konzentration und Wettbewerb**

Funktionen des Wettbewerbs; Marktpreisbildung; Lenkungsfunktion der Preise; Ursachen und Wirkungen von Konzentration, Kartelle und marktbeherrschende Unternehmen;

**LK:** Marktformen, Kapitalbildung, Kapitalkonzentration und Investitionen, Transnationale Konzerne, Bedeutung der mittelständischen und kleinen Unternehmen

**Konjunktur und Konjunkturpolitik**

Wirtschaftsbewegungen und konjunkturelle Zyklen  
Investitionstätigkeit und Konjunktur, Krisenursachen und Krisenfolgen, angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, Geld- und Fiskalpolitik

**LK:** keynesianische und monetaristische Konjunkturtheorie (von Keynes bis Friedman), Mischformen; Wohlfahrtsökonomie und Verteilungsgerechtigkeit

**Ziele und Zielkonflikte wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns am Beispiel**

„Magisches Vier-/Sechseck“ zwischen Stabilität, Inflation und Staatsverschuldung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit; Verteilungsrechnung des BIP und Einkommensentwicklung, Tarifautonomie und Lohnpolitik

**Wirtschaftliche Integration Europas**

Der Vertrag von Maastricht und die Konvergenzkriterien, wirtschaftliche Integration und nationalstaatliche Interessen (exemplarisch anhand der Struktur-, Wettbewerbs-, Geld- oder Sozialpolitik)

**LK:** Agrarpolitik, Finanzierung der EU

**LK:** Europäischer Binnenmarkt (Arbeits-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalmarkt), Bedingungen, Möglichkeiten und Folgen regionalen Wachstums

**Internationale Wirtschaftsbeziehungen (LK verbindlich, für GK fakultativ)**

Außenwirtschaftspolitik, Außenhandel, Wechselkurse und Währungspolitik, Zahlungsbilanz

**Verteilung des Volkseinkommens und Verteilungspolitik (LK verbindlich, für GK fakultativ)**

Einkommens- und Vermögensverteilung; Problematik der Armutsdefinition; Lohnquote, Gewinnquote  
Verteilungspolitik: Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Wirtschaftsethik (LK fakultativ)**

Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip  
Finanzkapital und soziale Verantwortung; Kapitalismus, Gewinnorientierung und Moral

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

Analyse, Auswertung und Interpretation ökonomischer Daten, Positionen und theoretischer Modelle  
Simulation und Planspiel

**Querverweise:**

**Individuum und Gesellschaft:** D, E, F, Ita, Rus, L, GrA (Thema 1), Ku, G, Phil, Rev

**Strukturwandel:** Ek, Phil, F (GK/Profil É), Spa, G, GrA (Thema 1)

**Wirtschaftsprozesse:** G, Ek, E, F (GK/Profil É), M

**Modellierung:** Inf, Ch

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung  
Friedenserziehung

**Begründung:**

Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse müssen sich in einem demokratischen Staat bewähren in dem Spannungsverhältnis von Legalität und Legitimität, Wertorientierung und Funktionalität, Partizipation und Effektivität.

Der Aspekt von Partizipation ist den Jugendlichen unmittelbar evident und wird auch von ihnen eingefordert. Ebenso ist die Bindung politischer Entscheidungen an die Werte setzenden Grundrechte, soweit sie Bürgerrechte gegen Staatseingriffe schützen, unstrittig und den Jugendlichen präsent. Für die politische Bildung bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Einsicht, dass den Grund- und Menschenrechten des Einzelnen die Grundrechte anderer oder auch die Überlebensfähigkeit und Sicherheit des Ganzen („wehrhafte Demokratie“) entgegenstehen können, also eine Abwägung von Grundrechten stattfinden muss. Die so verstandenen Grund- und Menschenrechte beziehen die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze und die Toleranz gegenüber den Rechten anderer mit ein.

Der Verfassung selbst innewohnende Spannungsverhältnisse werden oft als Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und -wirklichkeit empfunden, z.B. zwischen Art. 21 (Rolle der Parteien, Fraktionszwang) und Art. 38 (Unabhängigkeit der Abgeordneten), zwischen Gewaltenteilung und Mehrheitsbildung durch Koalitionen, zwischen Initiativrecht des Bundestages und tatsächlich dominierenden Gesetzesinitiativen der Regierung. Diese Widersprüche brechen bei kontroversen politischen Entscheidungen auf und sind unverzichtbarer Teil einer lebendigen Demokratie, die den Schülerinnen und Schülern im Unterricht nahegebracht wird.

Den Schülerinnen und Schülern vermitteln sich die Fragen der Grundrechte und der Regeln und Institutionen des politischen Systems in erster Linie an konkreten politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Darstellung der Medien. Politik wird als etwas Aufbereitetes, Punktuelleres, austauschbar Aktuelles erfahren; sie steht in Konkurrenz zu sonstigen Themen in den Medien mit höherem Unterhaltungswert. Der in der Werbung um Wählerstimmen kritische gegenseitige Umgang von Politikern unterschiedlicher Parteien rückt zudem für die Jugendlichen die tatsächlichen Leistungen demokratisch verfasster Politik in den Hintergrund. Die Wertschätzung demokratischer Entscheidungsstrukturen ist aber für ein demokratisches System unabdingbar. Für den Unterricht ergibt sich daraus die Aufgabe, die kritische Betrachtung politischer Entscheidungsprozesse um das Verständnis für funktionale Willensbildungsprozesse zu ergänzen. Die Erarbeitung von Themenstichworten durch die exemplarische Untersuchung eines konkreten Gesetzgebungsvorhabens fördert die selbständige Informationsbeschaffung und -aufbereitung und die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und vermittelt gleichzeitig Orientierungswissen über die Regeln und Institutionen des politischen Entscheidungsprozesses.

Auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen verlieren langfristige soziale und institutionelle Bindungen, stabile Wertorientierungen und Weltbilder zunehmend an Einfluss zu Gunsten einer individualisierenden und flexibleren Betrachtungsweise. Entsprechend ist die Bereitschaft des Einzelnen rückläufig, sich langfristig in gesellschaftlichen und politischen Organisationen (Parteien, Verbänden) zu binden. Soziales Engagement findet verstärkt in punktuellen Initiativen und in neuen sozialen Bewegungen statt, motiviert durch konkrete, individuelle Betroffenheit. Da gleichzeitig politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse langwieriger und undurchschaubarer werden, ist es Aufgabe des Unterrichts, den Bezug zum Leben der Schülerinnen und Schüler herzustellen, latente Problemstellungen aufzuzeigen sowie die institutionellen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten politischen Handelns zu klären.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Themenstichworte****Verfassungsnorm und Verfassungsrealität**

Grundrechte und Grundrechtsabwägung (GG, BVerfGE)  
Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung; Parlament und Regierung im konkreten politischen Gesetzgebungsprozess

**Partizipation und Repräsentation an ausgewählten Beispielen**

Parteien (innerparteiliche Demokratie, Fraktionszwang und freies Mandat, Parteienfinanzierung)

**LK:** von der Volkspartei zur professionalisierten Wählerpartei

Wahlen (Wahlrecht, Wahlverhalten – Veränderungen, Parteien und Wählerschaft); weitere Formen der Bür-

	gerbeteiligung (Volksbegehren, Volksabstimmung, Bürgeranhörung) Pluralismus und politischer Entscheidungsprozess (Verbände, zivilgesellschaftliche Gruppen)
<b>Medien</b>	Einfluss der Medien auf die politische Willensbildung und die Definition politischer Aufgaben Wandel der Medien; Medien zwischen Markt und gesellschaftspolitischer Aufgabe
<b>Bundesrepublik Deutschland und europäische Integration</b>	Erweiterung der EU; „Demokratiedefizit“ der EU und die Diskussion um eine europäische Verfassung
<b>Partizipation und Demokratie im Zeitalter der Informationsgesellschaft (LK)</b>	Demokratisierung, Partizipation und neue Medien; Politischer Dialog zwischen den Wahlterminen Zeitaufwendige Beratungs- und Entscheidungsprozesse vs. Informations- und Kommunikationsbeschleunigung
<b>Politische Theorien (LK verbindlich, GK fakultativ)</b>	Theoretische Grundlegung des modernen Verfassungsstaats, von der Durchsetzung hoheitlicher Staatlichkeit (staatliches Gewaltmonopol) zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat (Gewaltenteilung, Menschenrechte, Volkssouveränität)  Plebiszitäre und repräsentative Demokratie, Pluralismustheorie und –kritik

---

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

<b>Politische Theorien – Vertiefung (LK)</b>	Staat und Gesellschaft in unterschiedlichen Staatstheorien (z.B. liberale, sozialistische, strukturalistische Ansätze); das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat, Freiheit und Herrschaft in den Theorien ausgewählter Epochen
<b>Medien (LK)</b>	Rolle des Fernsehens, Möglichkeiten des Internets, Probleme der Print-Medien, Konzentration des Medienmarktes; Journalismus, Markt und Moral; Presse und Persönlichkeitsschutz Medien, Wahrnehmung und Wirklichkeit

---

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

Analyse und Interpretation politischer Informationen  
 Kritische Reflektion und Bewertung politischer Positionen  
 Moderationsmethoden, Pro-Contra-Debatte  
 Selbständige Anwendung des erlernten Instrumentariums der Analyse und Bewertung auf politische Strukturen und Prozesse  
 Theorieanalyse und systematischer Vergleich

---

<p><b>Querverweise:</b>  <b>Demokratie vs. Diktatur:</b> G, Ek, Rka, Rev, D, F (LK), Rus, Ita, L, Ku, E, Spa, GrA (Thema 2)  <b>Mensch und Gesellschaft:</b> D, E, F (LK), Spa, Rus, L, Rka, Rev, Phil  <b>Der Mensch und sein Handeln:</b> Rev, Rka, Ek, D, L, Eth, G, Phil, F, Ita, GrA (Thema 2)  <b>Disparitäten:</b> Ek, Rka, Phil, E, F (GK/Profil É), Spa, Ita  <b>Internationale Politik:</b> G, Ek, Rka, L, Spa, D, Mu  <b>Sprache der Medien:</b> Ku, L, G, Ek  <b>Utopien:</b> F, Rus, L, Phil, GrA (Thema 3)  <b>Datenbanken:</b> Inf, G, Ek, Ch, M</p>	<p><b>Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):</b>  Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung  Friedenserziehung  Erziehung zur Gleichberechtigung</p>
---	--

## 3.3 Die Jahrgangsstufe 13

## 3.3.1 13.1

## 13.1

## Internationale Beziehungen

Std.:  
GK 36  
LK 63**Begründung:**

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in der Außenpolitik der neuen Aufgabe gegenüber, die alten Westbindungen zu erhalten und die engen wirtschaftlichen Beziehungen außenpolitisch abzusichern sowie gleichzeitig die Öffnung zu den demokratisierten bzw. teilweise politisch instabilen Ländern Osteuropas voranzutreiben. Bei der Übernahme von Aufträgen der Bundeswehr im Rahmen internationaler Friedenssicherung müssen die Konsequenzen für die außenpolitische Rolle Deutschlands und für die Funktion der Bundeswehr reflektiert werden.

Nach 1989 versagen die bekannten Interpretationsmuster und Handlungskonzeptionen der bipolaren Weltordnung. Daher sollen die Schülerinnen und Schüler exemplarisch ausgehend von aktuell-relevanten Konfliktpotentialen und Ansätzen zur Friedenssicherung die multipolaren Strukturen internationaler Zusammenarbeit erarbeiten bzw. klären, warum die Bedingungen für die politische Steuerungsfähigkeit internationaler Beziehungen trotz koordinierender Aktivitäten der UN noch gering entwickelt sind. Manifeste militärische Auseinandersetzungen sollen auf die jeweiligen innerstaatlichen, regionalen und/oder auch globalen Ursachen und Gefahrenpotentiale hin analysiert und die Rolle der NATO, der Vereinten Nationen oder der OSZE in dem Konflikt und die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten thematisiert werden.

Wirtschaftliche und politische Überlegenheit verschärft die Wahrnehmung von kulturellen Differenzen, wenn unterschiedliche Kulturen nicht als gleichberechtigt empfunden werden. Nationalistische und fundamentalistische Bewegungen beziehen daraus ihre Wirksamkeit. Ursachen, Wirkungen und die Gefahr dieser Tendenzen für den Weltfrieden werden in diesem Themenbereich untersucht.

Angesichts der gegenwärtig dominierenden drei hoch industrialisierte Weltzentren - USA mit der nord-amerikanischen Freihandelszone, die EU in Verbindung mit assoziierten Gebieten und beitriftswilligen Staaten sowie Südostasien mit Japan als Wirtschaftszentrum - sollen differierende Entwicklungsbedingungen weniger entwickelter Länder und Regionen untersucht und daraus erwachsende Konfliktpotentiale sowie Lösungsvorschläge erarbeitet und eingeschätzt werden.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Themenstichworte****Die deutsche Außenpolitik nach der Wiedervereinigung: Neue Aufgaben, Erwartungen, Probleme**

Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands  
Bundeswehreinsätze in Konfliktregionen  
Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik  
Beziehungen zu Osteuropa

**Aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeiten kollektiver Friedenssicherung**

Interessen, Entstehungsgründe, Konfliktpunkte (Sicherung von Menschenrechten, Terrorismus, Friedenssicherung durch Vereinbarungen und Verträge, Einfluss-sphären)  
Entscheidungsprozesse in internationalen Organisationen (UNO, NATO oder OSZE);  
USA und EU  
Friedensbegriff und Konzeptionen der Friedenssicherung

**Nationalismus und Fundamentalismus: Ursachen, Gefahren für den Frieden und die Menschenrechte**

**LK:** Theorie der internationalen Beziehungen

Ursachen, Problemfelder, Strategien  
Kulturelle Differenzen und politische Intoleranz, politischer und religiöser Fundamentalismus und Menschenrechte

**Entwicklungs- und Schwellenländer und ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den hochindustrialisierten Weltzentren**

Ursachen und Folgen der ungleichzeitigen Entwicklung;  
Rolle internationaler Institutionen (z.B. Weltbank, Welt-handelskonferenz, G7-Treffen, NGO)  
Konzeptionen und Vereinbarungen zur Verbesserung

der wirtschaftlichen Entwicklung

**Internationales Recht (LK)**

Internationale Gerichts- und Schiedsgerichtsbarkeit  
Souveränität und Völkerrecht  
Selbstbestimmungsrecht der Völker

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Industrieländer – Entwicklungsländer**

Faktoren von Unterentwicklung (endogene und exogene Entwicklungsfaktoren)  
Entwicklungspotentiale, Entwicklungsstrategien  
Entwicklung – Entwicklungspolitik  
Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen; Struktur internationaler Arbeitsteilung

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

Analyse und Interpretation internationaler Zusammenhänge  
Kritische Reflexion und Bewertung politischer Positionen und Transformationsprozesse  
Adressaten- und fachbezogene Präsentation der Sachverhalten und Ergebnisse  
Konfliktanalyse, Medienanalyse, Konfliktsimulation

**Querverweise**

**Weltentwürfe:** D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, GrA (Thema 3), Ku, Mu, G, Ek, Rka, Eth, Phil, Phy, Rev

**Entwicklungsländer:** E, F, Spa, Ek

**Krieg und Frieden:** G, E, Eth, Phil, D, E, F, Rus, L, Mu, Spa, Ch

**Nationalismus, Vertreibung, Exil:** G, Rus, L

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung  
Friedenserziehung  
Rechtserziehung  
Kulturelle Praxis

3.3.2 13.2

13.2

Globalisierung – Chancen, Probleme, Entwicklungsperspektiven

Std.:  
GK 24  
LK 43**Begründung:**

Diese Halbjahrsthema ist dem direkten Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler eher entzogen; sie erfahren Funktionsweisen und Folgen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Prozesse der wirtschaftlichen Verflechtung und Globalisierung durch die Diskussion in den Medien. Die Tatsache, dass sie selbst Teil internationaler Wirtschaftsbeziehungen sind, ist ihnen häufig nicht bewusst, kann aber Ansatzpunkt für den Unterricht sein, der dann in eine systematische Erarbeitung von Zusammenhängen münden muss.

Das Thema Globalisierung nimmt Inhalte der Jahrgangsstufe 10 auf und enthält wirtschaftliche, kulturelle, politische und ökologische Aspekte. Der Prozess bietet Chancen und Gefahren, die diskutiert werden im Spannungsverhältnis von Toleranz, Freiheit und Wohlstand einerseits sowie nationaler, kultureller Identität, Gerechtigkeit und politischer Eigenständigkeit von Nationalstaaten andererseits. Dem wachsenden Wohlstand durch Handel, der internationalen Zusammenarbeit von demokratischen Regierungen, NGO's und der Entwicklung internationaler Gerichtsbarkeit in der Auseinandersetzung mit diktatorischen Regimen stehen regionale Standortprobleme, Rückwirkungen auf nationale, politische Entscheidungsprozesse und ungleiche Verteilung von Lebenschancen gegenüber. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden bestimmt durch zunehmend flexible Kapital- und Warenströme, die wachsende Eigendynamik der Finanzmärkte gegenüber dem Warenhandel und die rapide Entwicklung der Daten- und Kommunikationstechnologien.

Der Unterricht soll die Schülerinnen und Schüler über Hintergründe, Fakten und Daten des Globalisierungsprozesses informieren, unterschiedliche Einschätzungen dieser Entwicklung überprüfen und die Voraussetzungen für eine kompetente Teilnahme an der Diskussion über dieses Thema schaffen. Eine partialanalytische Betrachtungsweise, die nur die negativen Konsequenzen des Strukturwandels sieht, die positiven Effekte wie Produktivitäts- und Reallohnsteigerungen, ressourcenschonender technischer Fortschritt und Erhöhung des Konsumniveaus aber nicht berücksichtigt, wird dieser Aufgabe nicht gerecht.

Wichtiger Aspekt der kritischen Einschätzung der oben beschriebenen Entwicklung ist das Verhältnis von Globalisierung und Sozialstaat, das im zweiten thematischen Kernbereich behandelt wird. Während in den Industrieländern die Reichweite sozialer Sicherungssysteme neu diskutiert wird, charakterisieren Entbehrungen, Menschenrechtsverletzungen und sozialer Ausschluss die reale Lebenssituation großer Teile der Bevölkerungsmehrheit in den Entwicklungsländern. Die zwischenstaatliche Migration stellt aufnehmende und abgebende Gesellschaften vor neue Aufgaben.

Trotz positiver Trends in der Weltumweltpolitik bleiben Widersprüche in der ökologischen Ordnungspolitik ungelöst, da die derzeit geltenden internationalen Verhaltensstandards meist unter dem liegen, was Experten zur Abwendung der Umweltkrise für notwendig halten. Die Pluralisierung der Welt-Umweltpolitik durch Wirtschaftskonzerne, Umweltverbände und Wissenschaft hat positive Aspekte, beinhaltet aber auch die Gefahr, dass eine Einigung über globale Strategien erschwert wird.

Diskutiert werden im Zusammenhang die Globalisierung die Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Politik und demokratischer Entscheidungsprozesse sowie die Reichweite globaler ordnungspolitischer Instrumente und Regelungen. Dabei unterscheiden sich die Standpunkte je nach politischen Gruppeninteressen oder nationalen Interessen von Staaten.

Der Unterricht soll diese Aspekte berücksichtigen, d.h. die unterschiedlichen Perspektiven aufnehmen, deren Folgen antizipieren und den Schülerinnen und Schülern so eine eigene Urteilsbildung ermöglichen.

**Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:****Themenstichworte****Weltwirtschaft und Globalisierung**

Weltmarkt und Welthandel zwischen Liberalisierung der Märkte und globaler Ordnungspolitik; transnationale Konzerne, Standortfaktoren und Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung, internationale Finanzströme und Verschuldung

**Soziale Sicherungssysteme, Migration und deren Ursachen**

Soziale Sicherung und Sozialpolitik in Industrie- und Entwicklungsländern; Diskussion einer ‚Weltsozialordnung‘; Emigration, Migration, Integration; globale Strategien zur Armutsbekämpfung

**Weltumweltpolitik (LK verbindlich, GK fakultativ)**

Akteure der Umweltpolitik  
Nationale Interessen und globale Umweltvereinbarungen  
Nord-Süd-Ausgleich  
Umweltschäden/Umweltkonflikte: Prävention, Nachhaltigkeit und Krisenmanagement

**Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**

**Politik im Zeitalter der Globalisierung (LK verbindlich, GK fakultativ)**

Verhältnis von Politik und Ökonomie: Chancen und Grenzen politischer Beteiligung und Entscheidung, staatliche Ziele und Unternehmensziele

**Kultur und Wissen**

Nationale Identitäten, interkultureller Dialog und globale Wertesysteme; Frauen- und Geschlechterpolitik  
Medien und Wissensgesellschaft zwischen freier Nutzung, politischer Steuerung und globaler Kommerzialisierung

**Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:**

Analyse und Interpretation globaler Zusammenhänge  
Kritische Reflexion und Bewertung von politischen Positionen und Transformationsprozessen  
Adressaten- und fachbezogene Präsentation der Sachverhalte und Ergebnisse (z.B. Szenarien und Zukunftswerkstatt, Moderationsmethode und Debatten, kreatives Schreiben)  
Besonderes Gewicht ist auf die eigenständige Planung und Durchführung der verschiedenen Formen der Teamarbeit zu legen.  
Darstellung und Argumentation im Gespräch

**Querverweise:**

**Welt- und Menschenbilder:** G, Ek, Rka, Rev, Eth, Phil, Bio, Phy, Inf, E, F, Spa, Mu, Ku, GrA (Thema 4)  
**Globalisierung:** G, Ek, Rka, Rev, E, Spa, Rus, Phy, Ch, Eth  
**Nationale Identität und regionales Bewusstsein:** E, F, Ita, L, Ek, Phil, G, Rev, Spa, Rus  
**Pazifischer Raum:** Ek, E  
**Migration:** G  
**Sozialstaat:** E, F, Spa, G, Ek, Rka, Rev  
**Mensch und Kosmos:** Phy, Rka, Eth, L  
**19. und 20 Jahrhundert:** G, Rev, Phy

**Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):**

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung  
Friedenserziehung  
Rechtserziehung  
Kulturelle Praxis

#### 4 Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase

Dieses Profil beinhaltet die in den Jahrgangsstufe 11, 12 und 13 erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen.

##### **Kenntnisse:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen über grundlegende Kenntnisse verfügen aus den Bereichen und Problemfeldern der/s

- Ökologie (Verbraucherverhalten und ökologische Belastungen, ökologische Nachhaltigkeit,
- ökologische Kosten, Umweltpolitik),
- Ökonomie (soziale Marktwirtschaft und ökologische Anforderungen, Entwicklungstendenzen und Steuerung des Wirtschaftsprozesses, Instrumente der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung),
- Soziologie (Sozialstruktur, Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, unterschiedliche Vorstellungen zur Lösung sozialer Probleme),
- Politikwissenschaft (Verfassungsnorm und Verfassungsrealität in der Bundesrepublik, Problemfelder von Partizipation und Repräsentation, Bedeutung der Medien, Bundesrepublik und europäische Integration),
- Internationalen Beziehungen (Mittel und Ziele der Sicherheits- und Friedenspolitik, Nationalismus und Fundamentalismus als Gefahren der Friedensordnung, Entwicklungen und Krisen im Verhältnis der hochentwickelten Industriezentren zur Dritten Welt),
- Globalisierung (Weltwirtschaft, Soziale Sicherungssysteme, Migration,  
*LK: Weltumweltpolitik, Reichweite und Begrenzung nationaler Politik im Zeitalter der Globalisierung*),
- *LK: Recht (Bedeutung und Tragweite von internationalem Recht und internationalen Gerichten für den einzelnen souveränen Staat, Schutz und Friedensfunktion bzw. mögliche Interessenbedingtheit und politische Dimension internationalen Rechts).*

##### **Qualifikationen:**

Die Schülerinnen und Schüler sollen in der Lage sein

- ihre Kenntnisse sachgerecht zu ordnen,
- komplexe Zusammenhänge und Probleme zu strukturieren und angemessen darzustellen (*LK: eigenständig*)
- *LK: Sachverhalte, unterschiedliche Interessen und Positionen zu analysieren, zu problematisieren und Positionen vor dem Hintergrund theoretischer Konzepte einzuordnen und einzuschätzen sowie die dahinterstehenden Lösungsansätze zu erkennen,*
- auf Grund der Analyse von Sachverhalten/Interessen eine differenzierte Stellungnahme zum angesprochenen Problem argumentativ zu entwickeln und in der Diskussion / im Gespräch sich mit anderen Beiträgen / Argumenten auseinanderzusetzen,
- Konsequenzen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung einzuschätzen.
- fachspezifische Darstellungsformen und Arbeitstechniken zu kennen, angemessen anzuwenden  
*LK: und deren Tragfähigkeit zu überprüfen.*
- Moderne Präsentationstechniken zu beherrschen,
- *LK: selbständig erarbeitete Forschungsprojekte zu präsentieren und die Ergebnisse in einem Kolloquium zu vertreten.*